

Gesammelte Kommentare 2024

Dr. H. Wolff ¹

Hinweise: Zum Suchen eines bestimmten Themas steht das Stichwortverzeichnis am Ende des Dokuments zu Verfügung. Nachträgliche Ergänzungen sind als Fußnoten angehängt, sowie im Abschnitt Nachlese zu finden. Das Inhaltsverzeichnis kann im PDF-Sidebar angezeigt werden.



Kommentar vom 03.01.2024:

Gleichberechtigung – Gleichstellung – Gleichheit

Gleichberechtigung ist durch Art. 3 GG garantiert. Dieser beinhaltet in Abs. 1 die Gleichheit vor dem Gesetz und in Abs. 2 die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und verbietet in Abs. 3 die Benachteiligung wegen der Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen, z.B. einer Religionsgemeinschaft.

Die **Gleichstellung** wird oft als das Ergebnis der Gleichberechtigung gesehen, berücksichtigt aber die Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen nicht ausreichend. Z.B. haben Frauen aufgrund von Schwangerschaft und Geburt von Natur aus eine stärkere Bindung zu ihren Kindern und deshalb oft andere Prioritäten als Männer. Folglich ist es falsch, die Parität von Männern und Frauen in bestimmten Positionen zu fordern. Wenn weniger Frauen als Männer diese Positionen anstreben, werden durch die vermeintliche Gleichstellung Männer benachteiligt (siehe auch meinen Kommentar ‚[Frauenquoten schaden der Gleichberechtigung](#)‘ vom 08.03.2023).

Die Forderung nach **Gleichheit** leugnet die Existenz gruppenbezogener Unterschiede. Sie ist Bestandteil sowohl der linken als auch der „woken“ Ideologie. Der Denkfehler besteht darin, **Gerechtigkeit** durch erzwungene Gleichheit erreichen zu wollen. Da gruppenbezogene sowie individuelle Unterschiede aber in der Realität existieren, ist das nur in einem totalitären System möglich, ist aber auch dort zum Scheitern verurteilt – bestes Beispiel ist der Kommunismus.

¹ Zuerst veröffentlicht auf meiner Homepage <https://hwolff.de/> als wöchentliche Kommentare.

Gesellschaftliche Veränderungen: Notwendigkeit oder Ziel?

Es ist ein gängiges Narrativ, dass die gegenwärtigen (tatsächlichen und vorgeblichen) Krisen und gesellschaftlichen Probleme große gesellschaftliche Veränderungen erfordern:

- Die **Klimakrise** erfordert den Umstieg vom Auto auf Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel sowie weitere Einschränkungen des Lebensstandards wie Verzicht auf Fleisch und Flugreisen.
- Die **Flüchtlingskrise** erfordert, dass in jedem Ort kulturfremde Migranten untergebracht werden.
- Die angebliche **Diskriminierung von Frauen und Minderheiten** erfordert Quotenregelungen und eine neue, „gendergerechte“ Sprache sowie die Abkehr von der traditionellen Familie.
- Die angeblich immer größer werdende **Schere zwischen Arm und Reich** erfordert eine stetige Ausweitung des Sozialstaates.

All diese Veränderungen werden der deutschen Bevölkerung, für die sie in der Regel mit erheblichen Nachteilen verbunden sind, in bester Merkel-Tradition als „alternativlos“ verkauft. Die durchaus existierenden Alternativen werden mit Unterstützung der Medien totgeschwiegen,² was den Schluss zulässt, dass diese gesellschaftlichen Veränderungen das **eigentliche Ziel** sind, die *Hidden Agenda*, und die gegenwärtigen Krisen nur eine Begründung dafür liefern, die von der Bevölkerung eher akzeptiert wird als die reine **links-grüne Ideologie**.³

Dass sich in der Bevölkerung der **Widerstand** gegen diese und andere einschneidende Veränderungen nur langsam regt, liegt – neben der vermeintlichen Alternativlosigkeit – daran, dass die deutsche Regierung die negativen Folgen, so gut es geht, mit viel Geld „zuschießt“,⁴ das sie sich mit Taschenspielertricks (sog. „Sondervermögen“ etc.) beschafft.⁵ Damit fährt die Regierung Deutschland aber früher oder später an die Wand. Das zeichnet sich schon jetzt dadurch ab, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hinter den meisten anderen OECD-Staaten zurückbleibt.⁶

² Zum Beispiel hat ein [Pilotprojekt der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg-Bergedorf](#) gezeigt, dass E-Fuels kostengünstig aus Abfällen (z.B. Altspeisefetten) hergestellt werden können. Damit betriebene Autos mit Verbrennungsmotor wären nicht nur klimaneutral, sondern sogar effizienter als E-Autos.

³ Siehe auch den Gastkommentar von Ralf Schuler ‚[Wie Deutschland sich zum Schlechten verändert](#)‘ aus der [NZZ vom 29.11.2023](#), in dem er die Veränderungen in Deutschland aus der Sicht eines ehemaligen DDR-Bürgers bewertet.

⁴ Frei nach Mario Adorf: „Ich schieß Euch mit meinem Geld zu!“ (aus „Kir Royal“, 1986).

⁵ Mit dem Urteil vom 15.11.2023 wollte das Bundesverfassungsgericht dem einen Riegel vorschieben. Aber die Ampel-Regierung umgeht das Urteil, indem sie für 2023 erneut eine „außergewöhnliche Notlage“ feststellt – zum vierten Mal in Folge. Auch das ist wieder nur ein Taschenspielertrick, denn die Ampel-Regierung hat diese Notlage selbst verschuldet. So wird die Schuldenbremse im Grundgesetz ad absurdum geführt.

Kommentar vom 17.01.2024:

Gender-Sprache als Tumor-Marker der Gesellschaft

So, wie [Tumor-Marker](#) auf das Vorhandensein von Krebsgeschwüren im Körper hindeuten, deutet die Gender-Sprache auf das Vorhandensein eines Krebsgeschwürs in der Gesellschaft hin. Dieses Krebsgeschwür ist die **Gender-Ideologie**, die weit über die Gender-Sprache hinausgeht. Die Gender-Ideologie postuliert anstelle der beiden biologischen Geschlechter eine Vielzahl gleichwertiger „Geschlechtsidentitäten“, für die man sich frei entscheiden kann. Alle, die das aufgrund biologischer Tatsachen bestreiten, werden diffamiert und Opfer der *Cancel Culture*, die in diesem Bild der Ausbreitungsmechanismus des Tumors ist.

Die Gender-Ideologie stellt die klassische Familie (Mann, Frau, Kind = Mädchen oder Junge) als überholt dar und spricht den Eltern das Recht ab, über das Wohl ihrer minderjährigen Kinder zu entscheiden.⁷ Damit greift die Gender-Ideologie eine der Grundfesten unserer Gesellschaft an, mit dem Ziel die Gesellschaft in ihrer bestehenden Form zu zersetzen, dem Bild des bösartigen Tumors entsprechend.

Die Gender-Ideologie ist eng verknüpft mit der **Woke-Ideologie**, die überall Diskriminierung von Minderheiten sieht, dabei aber selbst die Mehrheit der Gesellschaft diskriminiert und ihre klassischen Werte zu zersetzen versucht. Und wer woke ist, gendert natürlich auch.

Die Verbreitung der Gender-Sprache zeigt an, wie weit sich diese Krebsgeschwüre schon ausgebreitet haben. Die Gesellschaft sollte nicht den Fehler begehen, zu lange mit deren Bekämpfung zu warten, denn je länger sie wartet, desto schwerer wird es.⁸

Kommentar vom 24.01.2024:

Das Hufeisenmodell

Was heute fehlt, sind Politiker wie Helmut Schmidt, die sich durch Kompetenz, klare Worte und entschlossenes Handeln auszeichnen. Eine Wahl zwischen Zauderern und Schwaflern wie Scholz und Laschet wollen die Menschen nicht noch einmal und suchen nach Alternativen. Das ist die Chance für Populisten, wobei sich jetzt neue Möglichkeiten auftun – Stichwort: Hufeisenmodell.

⁶ Siehe auch den Kommentar von Eric Gujer [„Die deutsche Schizophrenie – das Land schwankt zwischen wirtschaftlicher Vernunft und politischer Torheit“](#) aus der [NZZ vom 01.12.2023](#).

⁷ Siehe auch meinen Kommentar [„Selbstbestimmungsgesetz“ – Gefühl wird Gesetz](#) vom 19.07.2023.

⁸ Wie weit die Woke-Ideologie sich schon ausgebreitet hat, zeigt z.B. der Artikel [„Die Macht der Woken“](#) aus der [Berliner Zeitung vom 11.11.2023](#).

Dass es wirksame Gegenmittel gibt, zeigt sich am „Tagesspiegel“, für den Gendern ein „Menschenrecht“ war, der aber aufgrund zu vieler Abo-Kündigungen wegen der Gender-Sprache zurückgerudert hat und jetzt zumindest auf die Verwendung von Gender-Sonderzeichen verzichtet (siehe z.B. [NZZ vom 28.11.2023](#)).

Das **Hufeisenmodell** besagt, dass man sich das politische Spektrum gebogen wie ein Hufeisen vorstellen kann: Der rechte und der linke Rand stehen einander näher als der Mitte. Die AfD und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) sind ein gutes Beispiel hierfür:

- Beide sehen sich als Vertreter der „kleinen Leute“ und als Feinde der „Eliten“.
- Beide befeuern die deutsche „Neidkultur“ und profitieren davon.
- Beide sind gegen Wokeness und Gendern und für eine Eindämmung der Migration.
- Beide sind „Putin-Versteher“, auch was den Ukraine-Krieg betrifft.
- Beide wollen die Energiekrise mit russischem Gas überwinden.
- Beide stehen der deutschen Mitgliedschaft in der NATO ablehnend gegenüber.

Deshalb wäre eine **Koalition** der AfD mit der Wagenknecht-Partei nicht unwahrscheinlich. Diese wäre in Thüringen sogar mehrheitsfähig, wenn die neue Partei einen nennenswerten Teil der Wählerschaft für sich gewinnen könnte.⁹ Man stelle sich das vor: Thüringen nach fast 80 Jahren wieder national-sozialistisch regiert, mit Erfurt als neuer „Hauptstadt der Bewegung“ – nicht schön.

Kommentar vom 31.01.2024:

Die Inkompetenz der Politiker gefährdet die Demokratie

Die Demokratie ist ein hohes Gut, das immer noch vom Großteil der Bevölkerung geschätzt wird. Sie verliert aber ihren Wert, wenn aus den sich permanent als solche bezeichnenden demokratischen Parteien nur noch **Dilettanten** zur Wahl stehen. Genau das ist in Deutschland seit Jahren der Fall. Eine so inkompetente Regierung wie die Ampel mit einem Kanzler, der so farblos und führungsschwach ist wie Olaf Scholz, hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben.

So verliert die Demokratie ihr Ansehen, besonders in den östlichen Bundesländern, in denen sie aufgrund der DDR-Diktatur noch nicht so fest verwurzelt ist wie im Westen. Wenn die Demokratie bzw. ihre Vertreter sich als zu schwach und zu zerstritten erweisen, wird automatisch der Ruf nach einer starken Hand laut. Und dabei erscheint es dann auch nicht mehr so wichtig, dass der Rahmen des Grundgesetzes eingehalten wird.

Nicht die AfD und die Wagenknecht-Partei gefährden die Demokratie, sondern die Ampel, die die Menschen reihenweise in deren Arme treibt.

Aufgrund der vielen unbewältigten Krisen ist es höchste Zeit, dass die Ampel-Regierung **zurücktritt** und einer überparteilichen **Expertenregierung** Platz macht.

⁹ Schon kurz nach der Parteigründung liegt das BSW in [Umfragen zur Landtagswahl in Thüringen](#) bei 17%. Stärkste Partei ist weiterhin die AfD mit 31%. Zusammen kämen sie auf 45 von 88 Sitzen im Landtag, könnten also als Koalition die Landesregierung stellen. In [Umfragen für Sachsen](#) sind es 6 Monate vor der Wahl auch schon 62 von 120 Sitzen für die „Hufeisen-Koalition“.

Der „Kampf gegen rechts“ schwächt die Demokratie

Von verschiedenen Parteien und anderen Gruppierungen, nicht nur linken, wird immer wieder für den Schutz der Demokratie zum „Kampf“ bzw. zum „Widerstand“ **gegen „rechts“** aufgerufen. – Zitate:

- [Programm der SPD](#): „Stark gegen rechts – Hand in Hand für unsere Demokratie – Rechte Kräfte werden immer stärker. Wir müssen dagegen halten – jede und jeder Einzelne von uns. ...“¹⁰
- [Tagesschau vom 21.01.2024](#): „Hunderttausende Menschen sind an diesem Wochenende in ganz Deutschland auf die Straße gegangen, um ein Zeichen gegen rechts zu setzen. Politiker dankten den Demonstrierenden – für ein „klares Signal“. ... Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) lobte den zunehmenden Protest gegen rechts in Deutschland ...“¹¹

Dabei ist „rechts“, genau wie „links“, grundsätzlich nichts Verwerfliches und durch die **Meinungsfreiheit** (Art. 5 GG) geschützt. Was hier fehlt, ist die **Differenzierung** zwischen „rechts“ und „rechtsextrem“ bzw. „rechtsradikal“. Besonders die Medien setzen „konservativ“ gerne mit „rechts“ und „rechts“ gerne mit „rechtsextrem“ bzw. „rechtsradikal“ gleich.

Wenn man die Demokratie schützen will, muss man **Extremismus aller Couleur bekämpfen** und **legitime Meinungen aus allen Lagern tolerieren**. Leider fehlt der Medienlandschaft in Deutschland die notwendige Ausgewogenheit.¹² Mit ihrer Diktion manipulieren die Medien, ebenso wie die links-grünen Politiker, einschließlich des Bundespräsidenten, die Menschen und forcieren so die Spaltung der Gesellschaft und schwächen die Demokratie.¹³

¹⁰ Der Text wurde in der Zwischenzeit geändert: „Rechts“ wurde durch „Rechtsextremismus“ bzw. „Rechtsradikal“ ersetzt. Hat die SPD dazugelernt oder will sie nur die wahren Ziele verschleiern? Gräbt man etwas tiefer, findet man in der SPD auch die folgende Position:

[Angela Marquardt](#), ehemals im PDS-Bundesvorstand und nach ihrem Eintritt in die SPD Geschäftsführerin des Arbeitskreises Denkfabrik in der SPD-Bundestagsfraktion, ist der Meinung, [im Kampf gegen rechts brauche die SPD auch die Antifa](#), eine vom [Verfassungsschutz](#) als linksextremistisch eingestufte Sammlungsbewegung gewalttätiger autonomer Gruppen. Zusammen mit Staatsfeinden für die Demokratie kämpfen? – Wie krank ist das denn?!

¹¹ Bei einigen Demonstrationen wurden als „klare Signale“ neben den Fahnen der Antifa auch die der Palästinenser gezeigt. „Antisemiten gegen rechts“ – auch eine merkwürdige Allianz.

¹² Siehe auch meine Kommentare [„Rechts = böse, links = gut?“](#) vom 01.08.2023 und [„Wer hat die deutschen Medien gleichgeschaltet?“](#) vom 13.09.2023.

¹³ Siehe auch die Kommentare [„Die Massenproteste gegen die AfD sind ein zweischneidiges Schwert – und der Bundespräsident spaltet einmal mehr“](#) aus der [NZZ vom 22.01.2024](#) und [„Verbotssrufe werden die AfD nicht bremsen“](#) aus der [NZZ vom 05.02.2024](#).

Für die Ampel-Parteien wie auch die CDU ist der „Kampf gegen rechts“ eine willkommene Ablenkung von ihrem eigenen Versagen, speziell in der Migrationspolitik, durch das die AfD erst so stark geworden ist.

Kommentar vom 13.02.2024:

Was ist von Empfehlungen von Anlageberatern zu halten?

Man kann davon ausgehen, dass Anlageberater, auch von seriösen Banken, vorrangig die Anlagen empfehlen, bei denen sie selbst bzw. die Bank am meisten profitieren. Oft sind das Anlagen, für die die Berater hohe **Provisionen kassieren**. Es kann aber auch vorkommen, dass z.B. eine Bank Bestände eines Wertpapiers hält, die sie loswerden möchte. Auch diese Papiere werden gerne den Kunden zum Kauf empfohlen.

Bei Anlageberatern, die einen „Geheimtipp“ haben, der sehr hohe Renditen verspricht, kann man davon ausgehen, dass der Anlageberater bzw. die dahinter stehende Firma selbst in dem (marktengen) Wertpapier investiert ist und den **Kurs hochtreiben** will, um mit Gewinn zu verkaufen, bevor der Kurs wieder fällt. Das kann auch bei Verkaufsempfehlungen der Fall sein, wenn der Anlageberater bzw. die dahinter stehende Firma sich vorher mit Put-Optionen eingedeckt hat, die steigen, wenn der Kurs des zum Verkauf empfohlenen Wertpapiers fällt.

Eines muss man als Anleger wissen: Hohe Renditen haben **immer** ihren Preis in Form eines höheren Risikos, und **niemand** empfiehlt eine Anlage aus Gutherzigkeit. Auch Algorithmen sind nicht neutral, sondern programmiert, um Anlegern Geld aus der Tasche zu ziehen, z.B. durch häufige Transaktionen. Und **nichts** ist kostenlos, die Kosten sind mit Sicherheit irgendwo versteckt.¹⁴ Deshalb ist es so wichtig, auch und gerade für junge Menschen, eigene Finanzkompetenz zu erwerben und sich nicht auf Anlageberater oder den „neuesten heißen Scheiß“ aus dem Internet zu verlassen.

Kommentar vom 19.02.2024:

Aktienanleihen vs. Wandelanleihen

Wandelanleihen gibt es schon lange. Sie werden von Aktiengesellschaften herausgegeben und bringen dem Anleger einen festen, meist **unterdurchschnittlichen Zins** und zusätzlich zum Laufzeitende die **Option**, statt des Nennwerts der Wandelanleihe eine bestimmte Zahl von Aktien der Gesellschaft zu erhalten. Der Anleger kann sowohl bei gestiegenen Kursen der Aktie profitieren, indem er die Aktien wählt, als auch bei gefallen Kursen, indem er sich den Nennwert auszahlen lässt. Es gibt auch Fonds, über die Anleger auch in kleinen Beträgen in einen ganzen Korb von Wandelanleihen investieren können.

Aktienanleihen sind sogenannte strukturierte Produkte, die meist von Banken herausgegeben werden und dem Anleger einen festen, meist **überdurchschnittlichen Zins** bieten. Am Laufzeitende bekommt der Anleger – im Gegensatz zu Wandelanleihen –, wenn die Aktien

¹⁴ Wie das bei Neo-Brokern abläuft, die keine Transaktionsgebühren verlangen, kann man z.B. [bei der BaFin nachlesen](#).

gestiegen sind, den Nennwert der Aktienanleihe ausgezahlt, wenn die Aktien **gefallen** sind, stattdessen eine bestimmte Zahl von Aktien, **verliert** also in beiden Fällen. Nur bei einer Seitwärtsbewegung der Aktie erzielt der Anleger aufgrund der Zinseinnahmen einen Gewinn. Von Aktienanleihen, die von Banken gerne empfohlen werden, weil sie daran gut verdienen, ist deshalb **dringend abzuraten**.

Kommentar vom 25.02.2024:

Effizienzbetrachtungen zum Klimaschutz

Selbst in Deutschland stehen nur begrenzte Mittel für den Klimaschutz zu Verfügung. Deshalb müssen diese Mittel möglichst effizient eingesetzt werden. Anhaltspunkte dafür geben die folgenden Kriterien:

- Da Deutschland nur einen Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen von 1,8% hat und die Klimaerwärmung ein globales Problem ist, beträgt der Wirkungsgrad der Ausgaben für die Dekarbonisierung Deutschlands nur 1,8%.¹⁵

Dieser Wirkungsgrad könnte deutlich gesteigert werden, wenn Deutschland eine Vorbildfunktion hätte. Die deutsche Klimapolitik führt aber zum wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands und Wohlstandsverlusten der breiten Bevölkerung, ist deshalb ein Negativbeispiel.¹⁶

- Die Entwicklung von Alternativen zu fossiler Energie hätte einen deutlich höheren Wirkungsgrad, wenn diese so kostengünstig wären, dass sie in weiten Teilen der Erde eingesetzt werden könnten.

Mit wenigen Ausnahmen¹⁷ werden in Deutschland aber nur Technologien wie Elektroautos und Wärmepumpen entwickelt, die sich selbst in Deutschland ein großer Teil der Bevölkerung nicht leisten kann, geschweige denn in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Der Schutz vor den **Folgen von Klimaveränderungen** in Deutschland hat einen viel höheren Effizienzgrad. – Beispiele:

¹⁵ Von interessierter Seite wird immer wieder behauptet, dass man auch die CO₂-Emissionen, die bei der Produktion nach Deutschland importierter Güter entstehen, Deutschland zuordnen müsse, wodurch der deutsche Anteil deutlich größer wäre. Wenn man so rechnet, muss man aber auch die CO₂-Emissionen, die bei der Produktion aus Deutschland exportierter Güter entstehen, den Zielländern zuordnen. Da Deutschland einen Exportüberschuss hat, würde bei dieser Rechnung der Anteil Deutschlands sogar geringer als 1,8% sein. Diese Tatsache wird von den „Klimaschützern“, aber verschwiegen.

In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf meine eigene Formel zur Bewertung der CO₂-Emissionen, siehe meine [Gedanken zur Klimakrise](#) mit der Bewertungsgröße im [Anhang](#).

¹⁶ Siehe auch den Artikel [„Ein Desaster namens Energiewende“](#) aus der [NZZ vom 05.12.2023](#) sowie das [Interview mit dem ehemaligen Präsidenten des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung Hans-Werner Sinn](#) aus der [NZZ vom 03.09.2024](#).

¹⁷ Siehe z.B. den dpa-Artikel [„Forscher produzieren klimaneutralen Kraftstoff“](#) vom 18.04.2023.

- Der Schutz vor Überflutungen durch die Erhöhung von Deichen und die Anlage von Flutpoldern, sowie weiteren Maßnahmen wie die Umsiedlung von Menschen aus nicht schützbar Gebieten, könnte Flutkatastrophen zwar nicht gänzlich verhindern, die Schäden aber sicher um mindestens 50% reduzieren.
- Der Schutz vor Waldbränden durch flächendeckende Überwachung, Aufrüstung der Feuerwehren und die Anschaffung großer Löschflugzeuge, die es bis heute in Deutschland überhaupt nicht gibt, könnte die Schäden ebenfalls sicher um mindestens 50% reduzieren.

Würde sich die Politik nach rationalen Gesichtspunkten richten, müsste die **Priorisierung** der Maßnahmen nach deren **Effizienz** erfolgen. Das wird aber durch die Ideologie und das Wunschdenken der „Klimaschützer“ und grünen Politiker verhindert (siehe auch meinen Kommentar ‚[Der Klimaschutz in Deutschland läuft ins Leere](#)‘ vom 04.04.2023).

Kommentar vom 04.03.2024:

„Fragen Sie Ihre Ärztin, Ihren Arzt oder in Ihrer Apotheke“

Der gute, alte Hinweis „Zu Risiken und Nebenwirkungen ... fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker“ wurde „geschlechtergerecht“ geändert. Muss das sein?! – **Nein**, ganz im Gegenteil!

Jeder weiß doch, ob sein Arzt bzw. Apotheker ein Mann oder eine Frau ist. Deshalb ist die Doppelnennung vollkommen überflüssig. Außerdem spielt das Geschlecht in diesem Zusammenhang überhaupt keine Rolle, es kommt auf die Kompetenz der Person an. Im letzten Teil des Textes wurde durch die Umformulierung genau das inhaltlich verändert: Es wäre schon besser, einen Apotheker zu fragen, als einen beliebigen Angestellten der Apotheke.

Gerade diese angeblich „geschlechtergerechte“ Umformulierung – sprich: Sexualisierung – eines häufig verwendeten Standardtextes sendet ein **verheerendes Signal** aus: Dass man nicht mehr so sprechen soll, wie man es gelernt hat, um nicht als „reaktionär“ und „frauenfeindlich“ zu gelten. Im Endeffekt ist das eine **ideologische Beeinflussung** und ein **Angriff auf die freie Meinungsbildung**, wo absolute Neutralität gefordert ist.¹⁸

Kommentar vom 11.03.2024:

Wie sinnvoll ist eine schuldenfinanzierte Aktienrente?

Das Konzept stammt aus der Zeit der Negativzinsen, als die Bundesrepublik sich Geld leihen konnte und dafür keine Zinsen zahlen musste, sondern sogar noch Geld zusätzlich einnahm. In dieser Zeit wäre es sinnvoll gewesen, Geld aufzunehmen und es am Aktienmarkt zu inves-

¹⁸ Siehe auch meinen Kommentar ‚Gender-Sprache als Tumor-Marker der Gesellschaft‘ vom 17.01.2024.

tieren, um mit der Rendite die Rentenkasse zu unterstützen. Diese Zeiten sind aber vorerst – möglicherweise für sehr lange – vorbei.

Dass die Ampel-Regierung jetzt, viel zu spät, in einer Hochzinsphase, die schuldenfinanzierte Aktienrente einführen will, zeugt einmal mehr von deren Inkompetenz in Sachen Finanzen. Einen der wichtigsten Grundsätze für Privatanleger, nämlich Aktien nicht „auf Pump“ zu kaufen, sollte auch die Regierung beherzigen.

Außerdem bleiben von der durchschnittlichen Aktienrendite von ca. 7% p.a. nach Abzug der Zinsen von ca. 2,5% p.a. (30-jährige Bundesanleihen) und geschätzten Verwaltungskosten des Staatsfonds von 0,5% p.a. noch 4% p.a. übrig. Bei einem geplanten Zielvolumen von 200 Mrd. Euro (bis 2035) ergibt das pro Jahr zusätzliche Einnahmen von 8 Mrd. Euro. Im Vergleich zum derzeitigen Rentenvolumen von über 370 Mrd. Euro (inkl. Verwaltungskosten der Rentenversicherung) ist das nur der sprichwörtliche „Tropfen auf den heißen Stein“ und alles andere als eine Lösung für das demografische Rentendilemma.

Kommentar vom 18.03.2024:

Kann Taylor Swift Trump stoppen?

Taylor Swift hat großen Einfluss, nicht nur auf ihre Fans, die „Swifties“. 2023 wurde ihr vom Time Magazine der Titel „Person of the Year“ verliehen, und auf der Forbes-Liste der einflussreichsten Frauen der Welt stand sie im selben Jahr auf Platz 5.

Laut einer [Schätzung von Business Insider](#) sind über 60 Mio. wahlberechtigte Anhänger der Republikaner gleichzeitig „Swifties“. Und Taylor Swift ist alles andere als ein Fan von Donald Trump. Daraus macht sie auch kein Geheimnis.

Bei der Präsidentschaftswahl in den USA können in den sog. *Swing States* wenige 100.000 Stimmen den Ausgang bestimmen, d.h. ob alle Wahlmänner des Bundesstaates für den republikanischen oder den demokratischen Kandidaten stimmen werden. Aufgrund dieses Wahlsystems kann man davon ausgehen, dass eine klare Empfehlung von Taylor Swift für den demokratischen Kandidaten den Wahlausgang bestimmen kann. Donald Trump hat sie deshalb bereits gewarnt.

Selbst eine Verurteilung wegen der Anstiftung zum Sturm auf das Kapitol könnte Trump wohl kaum stoppen. Sollte Trump sich allerdings ernsthaft mit Taylor Swift anlegen, wäre das wahrscheinlich das Ende seiner politischen Karriere.¹⁹ – So weit sind wir also gekommen: Die Hoffnung der zivilisierten Welt hängt an einer 34-jährigen Pop-Sängerin.

¹⁹ [Business Insider \(31.01.2024\)](#): „Hell hath no fury like a Swiftie scorned.“ – „Die Hölle kennt keine Wut wie die eines verachteten Swifties.“

Notwendige Maßnahmen gegen die illegale Migration

Niemand hat das Recht, ein fremdes Land ohne gültige Einreiseerlaubnis zu betreten. Die rechtliche Lage ist eindeutig:

Die **unerlaubte Einreise** nach Deutschland ist eine **Straftat**, die mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft wird (§ 95 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz). Für Flüchtlinge ohne ein ggf. erforderliches Visum gilt, dass sie hierfür laut dem in Artikel 31 der Genfer Flüchtlingskonvention festgelegten Grundsatz nicht bestraft werden dürfen, sofern sie unmittelbar aus einem Gebiet kommen, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht waren, und sie sich umgehend bei den Behörden melden. Da allerdings alle Nachbarländer Deutschlands als Sichere Drittstaaten gelten, ist dies allenfalls bei der Einreise per Flugzeug (oder theoretisch auf dem Seeweg über Nord- und Ostsee) erfüllt. Ein Ausländer, der unerlaubt einreisen will, ist an der Grenze **zurückzuweisen** (§ 15 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz).

Flüchtlinge müssen sich also (spätestens) an der Außengrenze der EU bei den Behörden melden und ihr Anliegen vortragen, ansonsten machen sie sich der illegalen Einreise schuldig. Das machen sie aber auch, wenn sie sich danach in ein anderes Land der EU begeben.

Um das zu verhindern, müssten die Flüchtlinge **in geschlossenen Transitlagern** untergebracht werden, in denen sie gut versorgt werden, die sie aber nicht verlassen können. Dort hin sollten auch alle in der EU aufgegriffenen illegalen Migranten gebracht werden.²⁰ Die Transitlager könnten analog den Transitzonen in Flughäfen zum extraterritorialen Gebiet erklärt werden. Die Transitlager, die sinnvollerweise in der Nähe der Außengrenzen der EU errichtet werden sollten, müssten aber von allen EU-Länder finanziert und mit Personal ausgestattet werden.

Die Flüchtlinge würden so lange in den Transitlagern verbleiben müssen, bis entschieden ist, ob sie einen Aufenthaltstitel für die EU oder einzelne EU-Länder erhalten oder ausreisepflichtig sind. Ausreisepflichtige bleiben bis zur Ausreise im Transitlager. So kann die illegale Migration praktisch vollständig unterbunden werden und wirklich Schutzbedürftige würden trotzdem zu ihrem Recht kommen.²¹

²⁰ Diese Einschränkung der Freiheit der Migranten ist aufgrund ihres ungeklärten Status gerechtfertigt und auch zur Verhinderung von (weiteren) Straftaten, siehe z.B. den ausführlichen Bericht [„Mindestens 7000 Frauen sind in Deutschland seit 2015 Opfer sexueller Übergriffe von Flüchtlingen geworden“](#) aus der [NZZ vom 07.01.2024](#) – in Deutschland ein Tabuthema.

²¹ Solche Transitlager könnten z.B. auch in Nordafrika eingerichtet werden – Vereinbarungen mit den betreffenden Ländern vorausgesetzt. Dadurch würde für die Flüchtlinge der gefährliche Weg über das Mittelmeer sinnlos werden, siehe auch meinen Kommentar [„Seenotretter oder Schleuser?“](#) vom 14.06.2023. Zurzeit existiert nur ein Abkommen zwischen Italien und Albanien, dort das Asylverfahren für im Mittelmeer aufgegriffene Flüchtlinge durch italienische Behörden nach italienischem Recht durchführen zu lassen.

Kommentar vom 02.04.2024:

Klimaschutz, die neue Religion

Religion ist „Opium für's Volk“, ohne geht es wohl nicht. Nachdem sich die katholische Kirche als Schutzbund für Pädophile herausgestellt hat, kehren ihr, aber auch der evangelischen Kirche, die Menschen reihenweise den Rücken, und viele suchen nach einem neuen Glauben. Diesen liefert der Klimaschutz mit dem **Glauben an das 1,5°C-Ziel**. So, wie der Glaube an das Himmelreich die Angst vor dem Tod abmildern soll, soll der Glaube an das 1,5°C-Ziel die Angst vor der „Klimakatastrophe“ abmildern. Beiden ist gemein, dass sie in Wirklichkeit unerreichbar sind. Deshalb wird den Gläubigen eingeredet, dass sie Verzicht üben müssen, um das Ziel zu erreichen.

Propheten sagen den Weltuntergang voraus. Wer nicht genug Verzicht übt, muss in der „Klimahölle“ schmoren. Missionare verbreiten den Glauben. Dogmen wie das der Klimaneutralität (siehe meinen [Kommentar vom 16.08.2023](#)) ersetzen den Verstand. Inquisitoren lassen keine Zweifel zu. Zweifler werden verfolgt, zwar nicht mehr verbrannt, aber gesellschaftlich geächtet. Kreuzritter ziehen aus, den Glauben zu verteidigen. Heute sind es die „Ritter der Letzten Generation“, die gegen die Ungläubigen kämpfen, mit allen Mitteln, die ihr Glaube rechtfertigt. Ablasthandel gibt es auch, in Form von CO₂-Gutschriften, mit denen CO₂-Emissionen „kompensiert“ werden können. Und endlich sind Glaube und Staat wieder vereint: Das Bundesverfassungsgericht hat den Klimaschutz zum Staatsziel Nr. 1, also quasi zur Staatsreligion erhoben.²² – Mittelalter 2.0.

Das schlimmste daran ist, dass der Glaube, dass das 1,5°C-Ziel noch erreicht werden kann, rechtzeitige und ausreichende **Schutzmaßnahmen** gegen die Folgen der Erderwärmung **verhindert**.²³

Kommentar vom 10.04.2024:

„Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Schlachter selber“

Im Grunde sind die **Palästinenser** arme Schweine, keiner will sie haben, weder in Israel noch in den angrenzenden arabischen Ländern. Im Gaza-Streifen hatten sie eine gewisse Autonomie und Selbstverwaltung – und was machen sie? Sie **wählen die Hamas** zu ihrer Regierung, eine der schlimmsten Terrororganisationen, die die palästinensische Zivilbevölkerung opfert, indem sie sie als menschliche Schutzschilde missbraucht und sich feige unter Krankenhäusern, Schulen und Moscheen verkriecht, nachdem sie abscheuliche Terrorakte begangen hat.

²² Siehe z.B. den Artikel [„Karlsruhe installiert mit dem Klima-Urteil eine präventive Notstandsverfassung“](#) von Dr. Gerd Held. Auf welcher zweifelhaften Weise dieses Urteil des BVerfG zustande kam, kann man dem Beitrag des Richters Detlev Plath [„Rechtsbeugung am Bundesverfassungsgericht?“](#) entnehmen.

²³ Siehe auch meinen Kommentar [„Effizienzbetrachtungen zum Klimaschutz“](#) vom 25.02.2024.

Deshalb sollte sich das Mitleid mit den „Zivilisten“ im Gaza-Streifen in Grenzen halten, denn sie sind mehrheitlich Unterstützer oder zumindest Sympathisanten der Terroristen. Im Grunde sind die israelischen Soldaten, die die Hamas zerschlagen, ihre „Befreier“, auch wenn die Palästinenser das sicher ganz anders sehen. Aber wo **religiöser Hass** die Politik und das ganze Leben bestimmt, haben Vernunft und Einsicht keine Chance.²⁴

Die islamischen Staaten haben einen entscheidenden Schritt noch nicht vollzogen, nämlich die Trennung von Religion und Staat, die mit der abendländischen Aufklärung einherging. Religion basiert auf Glauben und Dogmen, während ein moderner Staat auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und Rationalität aufbaut.²⁵

Kommentar vom 16.04.2024:

„Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“

Das sagte der FDP-Parteivorsitzende **Christian Lindner** im November 2017 und verhinderte damit die Bildung einer Jamaica-Koalition mit CDU und Grünen, wobei es die unüberbrückbaren Differenzen mit den Grünen waren, die zum Scheitern führten. – Eine weise Entscheidung, die allerdings eine Fortführung der Großen Koalition zur Folge hatte und damit Stillstand für Deutschland mit den verheerenden Folgen, die wir heute noch deutlich spüren.

Nach der Bundestagswahl 2021, bei der die SPD stärkste Partei wurde, wurden Lindner und die FDP dann aber ihrem Grundsatz untreu und beteiligten sich an der Ampel-Koalition mit SPD und Grünen, obwohl sich an den Differenzen mit den Grünen nichts Grundlegendes geändert hatte. Die FDP sieht sich in dieser Koalition als Gegengewicht zu SPD und Grünen und versucht, die schlimmsten links-grünen Exzesse zu verhindern. Das ist ihr allerdings nur bei der Verhinderung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen wirklich gelungen. Dafür musste die FDP aber viele grüne Kröten schlucken, wie die Abschaltung der letzten Atomkraftwerke mitten in der Energiekrise, um nur eine von vielen zu nennen.²⁶

De facto ist es der FDP nicht gelungen, die Transformation von der **Sozialen Marktwirtschaft** in eine **links-grüne Planwirtschaft** zu verhindern, wenn auch etwas zu bremsen. Bei realistischer Einschätzung bleibt der FDP jetzt nur noch, die Reißleine zu ziehen und die Ampel-Koalition zu beenden. – Damit würde die FDP Deutschland einen großen Dienst erweisen. Nach

²⁴ Siehe auch meine Literaturempfehlungen: Thilo Sarrazin: Die Vernunft und ihre Feinde

²⁵ Leider hat sich in der westlichen Welt ein links-grüner Zeitgeist etabliert, der wissenschaftliche Erkenntnisse und Rationalität wieder durch Glauben und Dogmen ersetzt hat. Siehe z.B. meine Kommentare [„Selbstbestimmungsgesetz“ – Gefühl wird Gesetz](#) vom 19.07.2023 und [„Klimaschutz, die neue Religion“](#) vom 02.04.2024.

²⁶ Siehe auch die Kommentare [„Ampel“-Unzufriedenheit: Für die FDP geht es jetzt um alles](#) aus der [NZZ vom 16.02.2024](#) und [„Die «Wirtschaftswende» für Deutschland muss leider ausfallen: Die FDP hat keine Chance](#) aus der [NZZ vom 23.04.2024](#).

Neuwahlen würde das Parlament die stark verschobenen politischen Gewichte wieder korrekt abbilden.

Kommentar vom 23.04.2024:

Je größer die EU wird, desto schwächer wird sie

Es ist ein gängiges Narrativ, dass die EU nur dann ihren Einfluss in der Welt ausbauen kann, wenn sie größer wird. Das genaue Gegenteil ist aber der Fall. Das zeigen die folgenden Punkte:

1. Wenn immer mehr wirtschaftlich schwache Staaten aufgenommen werden, sinkt das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und schwächt das System der EU insgesamt.
2. Das Verhältnis von Nettozahlern²⁷ zu Nettozahlungsempfängern wird immer ungünstiger.
3. Die wachsende Zahl unterschiedlicher Interessen behindert wirksame Problemlösungen, was zu immer höheren Belastungen der wenigen Nettozahler führt.
4. Die Zerstrittenheit schwächt auch den außenpolitischen Einfluss der EU.
5. Die wachsende Zahl von Mitgliedsstaaten verschlimmert die überbordende Bürokratie der EU.
6. Die Erweiterung des Schengen-Raumes (zuletzt Bulgarien und Rumänien) macht es für international operierende Kriminelle – auch Schleuser – einfacher.
7. Die Erweiterung der Euro-Zone (zuletzt Kroatien) schwächt die Stabilität des Euro und führt zu dessen Wertverlust und steigenden Zinsbelastungen.

Statt weitere Staaten in die EU aufzunehmen,²⁸ wäre ein Freihandelsabkommen völlig ausreichend.²⁹

Kommentar vom 30.04.2024:

Strafmündigkeit ab 14 und Wahlrecht ab 16?

In Deutschland können Kinder unter 14 Jahren nicht für ihre Straftaten belangt werden, sie gelten als **strafunmündig**. Dabei nimmt die Anzahl der **Straftaten von Unter-14-Jährigen** dramatisch zu. Deren Anzahl ist 2023 allein im Bereich **Gewaltkriminalität** um 17,0% gestiegen und deren Anteil liegt mit 6,5% auf einem Höchststand.

²⁷ 2022 waren von den 27 EU-Staaten 9 Nettozahler und 18 Nettozahlungsempfänger. Die Haupt-Nettozahlungen kamen aus Deutschland und Frankreich (Quelle: [Statista](#)).

²⁸ Beitrittskandidaten sind zzt. Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Türkei und Ukraine.

²⁹ Siehe auch meinen Kommentar ‚[Nützt oder schadet die EU Deutschland?](#)‘ vom 15.11.2023.

Andererseits haben 16-Jährige in einigen Bundesländern und bei der Europawahl 2024 bereits das aktive **Wahlrecht**. Wenn es nach der Ampel-Regierung geht, soll dies zukünftig auch für die Bundestagswahl gelten. Die Absicht, die dahinter steckt, liegt auf der Hand: Insbesondere die Grünen erwarten sich von den jüngsten Wählern einen deutlich höheren Stimmenanteil als von älteren Wählern.

Der **Widerspruch** ist offensichtlich: Kindern unter 14 Jahren wird jegliche Verantwortung für ihre Taten abgesprochen, selbst für schwere Verbrechen, und zwei Jahre später sollen sie bereits Mitverantwortung für die zukünftige Richtung der Politik übernehmen. – Beides zusammen kann nicht richtig sein. Ich halte es deshalb für notwendig, beide Altersgrenzen, wenn überhaupt, parallel zu verschieben, also auch das Alter für die Strafmündigkeit auf 12 Jahre abzusenken, siehe auch meinen Kommentar ‚[Sollte das Jugendstrafrecht verschärft werden?](#)‘ vom 28.03.2023.

Kommentar vom 07.05.2024:

Über die Diskriminierung von Frauen in Deutschland

Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist in Deutschland sowohl auf dem Papier als auch in der Praxis so weit fortgeschritten, dass sie kein nennenswertes Problem mehr darstellt, obwohl interessierte Kreise das Gegenteil behaupten. Die unzähligen **Gleichstellungsbeauftragten** in Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen sowie in Unternehmen haben **keine Existenzberechtigung**,³⁰ zumal sie die wirklich diskriminierten Frauen überhaupt nicht vertreten:

1. Hausfrauen

Frauen, die ihrem Mann, der vielleicht 60 Stunden in der Woche arbeitet, den Rücken freihalten, indem sie sich um Haushalt und Kinder kümmern, werden diskriminiert. Ihr Ansehen sinkt kontinuierlich, sie gelten als „aus der Zeit gefallen“, sind aber auch großem Neid ausgesetzt.

2. Frauen in traditionellen islamischen Familien

Diese Frauen können sich oft gar nicht frei in der Öffentlichkeit bewegen, sind vollständig abhängig von ihren Vätern, Männern, Brüdern. Wenn sie aus dieser Isolation ausbrechen wollen, begeben sie sich in große Gefahr (Stichwort: „Familienehre“).

Im ersten Fall handelt es sich um eine Diskriminierung durch Teile der Gesellschaft, die sich besonders fortschrittlich geben. Im zweiten Fall handelt es sich tatsächlich um einen Verstoß gegen Art. 3 Abs. 2 GG. Wer diesen aber anprangert, wird von den selben „Fortschrittlichen“

³⁰ Siehe auch meine Kommentare ‚Gleichberechtigung – Gleichstellung – Gleichheit‘ vom 03.01.2024 und ‚[Gender Pay Gap – ein Pseudo-Problem](#)‘ vom 12.04.2023. Zwischenzeitlich ist das bereinigte *Gender Pay Gap* sogar auf 6% gesunken (Quelle: [Statistisches Bundesamt](#)).

als „islamophob“ beschimpft. Das zeigt, dass in links-grünen und „woken“ Kreisen eine doppelte Moral und ein völlig verzerrtes, dogmatisches Frauenbild herrschen.

Kommentar vom 13.05.2024:

„Leitkultur“ vs. „Neidkultur“

Im **Islam** ist die Trennung von Kirche und Staat nicht erfolgt. Für gläubige Moslems hat der Koran so etwas wie Verfassungsrang, steht gleichberechtigt neben dem deutschen Grundgesetz oder sogar darüber. Der Islam ist mehr als eine Religion, wie wir sie in westlichen, aufgeklärten Ländern verstehen. Deshalb war und ist es falsch zu behaupten, „der Islam gehört zu Deutschland“. Und es ist falsch anzunehmen, die islamistische Indoktrinierung in den Moscheen und Koranschulen sei durch die Religionsfreiheit nach Art. 4 Abs. 2 GG geschützt.

Dem eine „Leitkultur“, wenn man das so nennen will, entgegenzusetzen, an der sich alle orientieren müssen, die in Deutschland leben wollen, ist durchaus richtig. Den Kern müssen dabei die Grundsätze von **Demokratie**, **Freiheit** und **Toleranz** bilden. Davon sind aber nicht nur Moslems, sondern auch verschiedene Gruppen der Deutschen weit entfernt.

Teile des politischen Spektrums, links-grün wie rechts, glauben sich im alleinigen Besitz der Wahrheit, die Akzeptanz für andere Meinungen und die Bereitschaft zu Kompromissen hat drastisch abgenommen. Selbst der Bundespräsident sieht seine Aufgabe darin, die deutsche Bevölkerung in Gut und Böse (= rechts) einzuteilen.³¹ Er ist ein treuer Parteisoldat der SPD, der die Bevölkerung spaltet und nur den Teil repräsentiert, der ihm genehm ist.

Es scheint, dass die deutsche „Leitkultur“ weniger gefestigt ist als die deutsche „Neidkultur“. Wissenschaftliche Studien belegen, dass der **Sozialneid** in Deutschland weit verbreitet und deutlich stärker ausgeprägt ist als z.B. in den USA und Großbritannien.³²

Auch von der **Freiheit der Wissenschaft** ist nicht mehr viel übrig geblieben. Die Universitäten werden von links-grünen, „woken“ und oft auch antisemitischen Ideologen³³ beherrscht und Andersdenkende werden brutal unterdrückt (Stichwort: *Cancel Culture*).³⁴ Wissenschaft wird von diesen Ideologen nur noch benutzt, um ihre vorgefassten Meinungen zu bestätigen, von der Klimaforschung bis zur „Psycholinguistik“.³⁵

³¹ Siehe z.B. den Kommentar [„Die Massenproteste gegen die AfD sind ein zweischneidiges Schwert – und der Bundespräsident spaltet einmal mehr“](#) aus der NZZ vom 22.01.2024.

³² Siehe den Artikel aus der WELT: [„Die Deutschen haben ein Problem mit ihren Reichen“](#).

³³ Siehe z.B. den Kommentar [„Berliner Hochschullehrer verteidigen Protestcamp gegen Israel – eine Erklärung intellektuellen und moralischen Bankrotts“](#) aus der NZZ vom 10.05.2024.

³⁴ Siehe z.B. den [Artikel von Eric Gujer \(NZZ\) über die Cancel Culture](#), sowie den Erfahrungsbericht [„Ich bin konservativ und will nicht gendern – prompt bin ich die „Nazi-Schlampe““](#).

³⁵ Siehe z.B. den Artikel von Tobias Kurfer [„Nein, die deutsche Sprache diskriminiert Frauen nicht“](#).

Warum spricht niemand von „Linkspopulismus“?

Allzu gerne werden die Probleme, bei denen die deutsche Regierung oder auch die EU gescheitert sind, als äußerst komplex dargestellt und einfache Lösungen im Sinne der breiten Bevölkerung als „rechtspopulistisch“ abgetan.³⁶ Es gibt aber auch viele Beispiele dafür, dass die links-grünen Parteien und die sie unterstützenden Organisationen und Medien ihre Ideologie mit populistischen Vereinfachungen transportieren:

Die „Schere zwischen Arm und Reich“: Dieses Narrativ wird gebetsmühlenartig wiederholt und mit der Forderung nach „Gleichheit“ verbunden. Dabei wird der in Deutschland weit verbreitete Sozialneid genutzt und noch verstärkt.³⁷ Verschwiegen wird, dass es überhaupt nicht darauf ankommt, dass alle gleich viel haben – das wäre nämlich für die meisten weniger – sondern dass es alle in Zukunft besser haben als heute.³⁸

Die „Diskriminierung von Frauen und Minderheiten“: Auch hier wird „Gleichheit“ gefordert und verschwiegen, dass die Differenzierung zwischen verschiedenen Gruppen durchaus sinnvoll und notwendig ist.³⁹

Der „Kampf gegen rechts“: Dabei wird praktisch alles, was nicht in das links-grüne Schema passt, in einen Topf mit rechtsradikalen Verfassungsfeinden geworfen. So wird verhindert, dass man sich mit Argumenten auseinandersetzen muss, auf die man keine überzeugende Antwort hat.⁴⁰

Das „Grundrecht auf Asyl“: Es wird so getan, als ob die große Mehrheit der Migranten, die nach Deutschland kommen, einen Anspruch auf Asyl im Sinne des Art. 16a Abs. 1 GG hätten. Tatsächlich sind das aber nur **0,7%**.⁴¹

Wie man an den Beispielen sieht, ist der „Linkspopulismus“ näher am herrschenden Zeitgeist, deshalb schwerer als solcher zu erkennen und dadurch gefährlicher.

³⁶ Siehe auch Wikipedia: [„Strategische Aspekte von Populismus und Populismuskritik“](#).

³⁷ Siehe auch den Artikel aus der WELT: [„Die Deutschen haben ein Problem mit ihren Reichen“](#).

³⁸ Siehe meine Kommentare [„Die „Schere zwischen arm und reich““](#) vom 18.10.2023 und [„Über Armut in Deutschland“](#) vom 25.04.2023 sowie [„Über Wertschöpfung und Umverteilung“](#) vom 03.05.2023. Laut [Statistischem Bundesamt](#) haben sich die Bruttostundenverdienste der obersten und untersten 10% der Lohnskala 2023 sogar wieder angenähert.

³⁹ Siehe meine Kommentare [„Gleichberechtigung – Gleichstellung – Gleichheit“](#) vom 03.01.2024 und [„Über die Diskriminierung von Frauen in Deutschland“](#) vom 07.05.2024 sowie [„Gender Pay Gap – ein Pseudo-Problem“](#) vom 12.04.2023. Zwischenzeitlich ist das bereinigte *Gender Pay Gap* sogar auf 6% gesunken (Quelle: [Statistisches Bundesamt](#)).

⁴⁰ Siehe z.B. meinen Kommentar [„Der „Kampf gegen rechts“ schwächt die Demokratie“](#) vom 07.02.2024 inkl. der zugehörigen Nachlese.

⁴¹ Siehe z.B. den Artikel [„Sie reden viel und handeln wenig: Besonders rot-grüne Politiker bremsen eine neue Migrationspolitik“](#) aus der NZZ vom 25.09.2023.

Kommentar vom 27.05.2024:

Was wir von Giorgia Meloni lernen können

Giorgia Meloni ist seit 2014 Vorsitzende der als [postfaschistisch](#) klassifizierten Partei [Fratelli d'Italia](#) und seit Oktober 2022 italienische Ministerpräsidentin. Damit ist eine rechtspopulistische Partei in der Regierungsverantwortung – etwas, das in Deutschland als Ende der Demokratie angesehen wird. Dass das nicht der Fall ist, zeigen die folgenden Punkte:

1. Giorgia Meloni „kocht auch nur mit Wasser.“ – In der politischen Verantwortung kann sie übertriebene Erwartungen nicht erfüllen und muss Kompromisse eingehen, kann extreme Positionen nicht halten. Beispielsweise ist nicht mehr vom Austritt aus der EU die Rede, wohl aber von einer „Verteidigung der nationalen Interessen.“
2. Rechtspopulistische Ideen zur einfachen Lösung komplexer Probleme im Sinne der breiten Bevölkerung lassen sich mit dem notwendigen Augenmaß durchaus umsetzen.⁴² Das zeigt sich am Beispiel der Vereinbarung mit Albanien zur dortigen Durchführung von Asylverfahren im Mittelmeer aufgegriffener Flüchtlinge.

Die Frage ist, ob das auf Deutschland übertragbar ist. Giorgia Meloni und die Fratelli d'Italia haben sich eindeutig auf die Seite der Ukraine positioniert, während die AfD Verständnis für Russland bzw. Putin zeigt. Durch diverse Skandale und rechtsradikale Äußerungen hat die AfD sich soweit ins Abseits manövriert, dass sich nicht nur Giorgia Meloni und Marine Le Pen von ihr distanziert haben, sondern sogar die im Europaparlament am weitesten rechts stehende Fraktion ‚[Identität und Demokratie](#)‘ die AfD ausgeschlossen hat.

Man kann allerdings davon ausgehen, dass die etablierten deutschen Parteien mit ihrer kategorischen Ausgrenzung der AfD (Stichwort: „Brandmauer“) den extremistischen Flügel gestärkt und den gemäßigten geschwächt haben. In Italien und Frankreich, wo es eine solch extreme Ausgrenzung nicht gegeben hat, haben sich die Rechtspopulisten jedenfalls im Verlauf gemäßigt.⁴³

Kommentar vom 03.06.2024:

Verwirrende Begriffe in der politischen Landschaft

Es gibt in der politischen Landschaft einige sich ähnelnde Begriffe, die zu erheblichen Verwirrungen führen können:

- **Identitäre Bewegung:** Diese ist eine dem **Rechtsextremismus** zugeordnete völkische Bewegung.

⁴² „Man muß die Dinge so einfach wie möglich machen. Aber nicht einfacher.“ (Albert Einstein)

⁴³ Siehe auch den Kommentar ‚[Die ratlose Republik – Warum Deutschland im Umgang mit der AfD überfordert ist](#)‘ aus der [NZZ](#) vom 18.08.2023.

Identitätspolitik: Diese hat die Stärkung der Rechte (angeblich) diskriminierter Gruppen zum Ziel, z.B. der People of Color und der LGBTQs, ist somit Teil der **linken** Woke-Ideologie.

- **Postfaschismus:** Dies ist eine politische Strömung in Italien, die aus dem überwundenen historischen Faschismus hervorging, man könnte sagen nach dem Motto „nicht alles war schlecht“. Dazu gehört die **rechtspopulistische** Partei **Fratelli d'Italia** der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni.

Postkolonialismus: Diese **linke** Theorie erklärt, grob gesagt, alle Probleme der dritten Welt als Folge des historischen Kolonialismus und postuliert, auch heute noch Kolonialismus zu erkennen, der bekämpft werden muss. Der Postkolonialismus liefert damit auch einen theoretischen Überbau für den **linken Antisemitismus**.

Postfaktische Politik: Bei dieser ist der emotionale Effekt einer Aussage vor allem auf die eigene Zielgruppe wichtiger als ihr Wahrheitsgehalt. Der Begriff ist eng mit Donald Trump verbunden. Man darf aber nicht übersehen, dass auch links-grüne Politiker ihre eigenen „alternativen Fakten“ verbreiten.⁴⁴

- **Liberalismus:** Der Liberalismus befürwortet eine Gesellschaft, die auf der Freiheit des Einzelnen, der Wahrung des Rechts, Pluralismus und freiem Gedankenaustausch basiert. Im wirtschaftlichen Bereich befürwortet der Liberalismus Eigeninitiative, den freien Wettbewerb und die damit verbundene Marktwirtschaft.

Libertarismus: Libertäre lehnen alle Eingriffe des Staates ab, die über unbedingt notwendige Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Sicherheit, Recht und Ordnung hinausgehen.

Kommentar vom 10.06.2024:

Die „Brandmauer“ hat endgültig versagt

Das Ergebnis der **Europawahl**, bei der die **AfD** deutlich vor SPD und Grünen liegt, obwohl die Spitzenkandidaten in diverse Skandale verstrickt sind, zeigt, dass die Ausgrenzung der AfD durch alle etablierten deutschen Parteien von der Linkspartei bis zur CDU/CSU im Rahmen der „Brandmauer“-Doktrin erfolglos war.

Art. 20 Abs. 2 GG besagt: *Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.* – Wenn nun die herrschende politische Klasse versucht, über 15% bzw. im Osten über 30% des Volkes davon auszuschließen, und das auch noch als „Verteidigung der Demokratie“ deklariert, demaskiert sie sich selbst und erhält jetzt die verdiente Antwort darauf. Jetzt wäre es eigentlich – wie in Frankreich – Zeit für den Rücktritt der Regierung und **Neuwahlen**, aber ...

⁴⁴ Siehe z.B. meine Kommentare ‚Klimaschutz, die neue Religion‘ vom 02.04.2024 und ‚Warum spricht niemand von „Linkspopulismus“?‘ vom 20.05.2024.

Es war einfach dummdreist von der **CDU**, seit der Ära Merkel alle rechten Positionen, die zur ursprünglichen DNA der CDU gehörten und für die sie von vielen Bürgern gewählt wurde, komplett der AfD zu überlassen. Dadurch wurde diese nur gestärkt und durch die kategorische Ausgrenzung radikalisiert.⁴⁵ Die „Brandmauer“ hat also genau das Gegenteil dessen bewirkt, was sie eigentlich erreichen sollte: Die AfD ist jetzt sehr viel stärker – in Ostdeutschland mit großem Vorsprung stärkste Partei – und deutlich radikaler. Und es geht ein unüberbrückbarer Bruch durch das rechtskonservative Lager, so dass der CDU/CSU, nachdem die FDP sich selbst marginalisiert hat,⁴⁶ nur SPD und/oder Grüne als Koalitionspartner verbleiben, wodurch die links-grüne Politik für Jahre zementiert wird – mit verheerenden Folgen für Deutschland.⁴⁷

Kommentar vom 17.06.2024:

Meine eigenen „Verschwörungstheorien“

Ich habe mir mal den Spaß gemacht, selbst ein paar „Verschwörungstheorien“ zu entwickeln:

1. **Bundeskanzler Scholz** verhindert bzw. verzögert Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine, damit die Ukraine gezwungen ist, Waffenstillstandsverhandlungen mit Russland zu führen, denn er war Pazifist (Wehrdienstverweigerer) und ist es wohl heute noch, obwohl er öffentlich einen „radikalen Pazifismus“ als „nicht mehr zeitgemäß“ bezeichnet, was aber keine wirkliche Ablehnung des Pazifismus ist.⁴⁸
2. **Die Grünen** verhindern bzw. verzögern präventive Schutzmaßnahmen gegen die Folgen der Klimaerwärmung wie Überschwemmungen und Waldbrände, denn sie benötigen diese Katastrophenereignisse als Argumente, um ihre Klimapolitik, d.h. die Dekarbonisierung und Deindustrialisierung, gegen berechtigte Widerstände durchzusetzen.
3. **Die Ampel-Regierung** schreitet nicht ein, wenn die EU das [Subsidiaritätsprinzip](#) verletzt und sich immer mehr Kompetenzen der Mitgliedsstaaten aneignet, weil sie mit vielen aktuellen Problemen rettungslos überfordert ist und froh, wenn die EU ihr Entscheidungen abnimmt.

Wieviel Wahrheit in diesen unbewiesenen Theorien steckt, darüber sollte sich jeder einmal selbst Gedanken machen.

⁴⁵ Siehe auch den Kommentar [„Hexenjagd im Zeitalter der Inklusion: Wer die falsche Gesinnung oder Herkunft hat, wird aussortiert“](#) aus der [NZZ](#) vom 30.05.2024.

⁴⁶ Siehe meinen Kommentar [„Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“](#) vom 16.04.2024.

⁴⁷ Siehe auch den Kommentar [„Die deutsche Politik steckt in der Vertrauenskrise. Schuld daran ist der schwarz-rot-grüne Einheitsbrei“](#) aus der [NZZ](#) vom 21.06.2024.

⁴⁸ Scholz war in seiner Zeit als Juso Anhänger der marxistischen Stamokap-Theorie und unterhielt enge Beziehungen zu DDR-Funktionären. Die SED betrachtete Scholz als wichtigen Bundesgenossen im Kampf gegen die NATO. (Quelle: [Wikipedia](#))

Kommentar vom 24.06.2024:

Wie gefährlich sind Fahrerassistenzsysteme?

Fahrerassistenzsysteme werden immer besser und die Fahrer gewinnen immer mehr Vertrauen in diese Systeme und nutzen sie immer häufiger. – Genau das ist das Problem! Je mehr ein Fahrer den Assistenzsystemen vertraut, desto überraschter ist er, wenn das System einmal versagt, z.B. der Spurhalteassistent in Richtung Gegenverkehr lenkt. Dann muss der Fahrer, um einen Unfall zu vermeiden, blitzschnell reagieren, die Kontrolle übernehmen und das Fahrzeug wieder in die Spur bringen.

Die Anforderungen an den Fahrer sind dann viel höher, als würde der Fahrer die ganze Zeit selbst lenken. Wenn der Fahrer von Zeit zu Zeit mal das Lenkrad anfassen muss, heißt das ja noch lange nicht, dass er die Verkehrssituation voll im Blick hat. Und je seltener solche Probleme auftreten, desto weniger ist der Fahrer darauf vorbereitet. Im genannten Beispiel wird es häufig zum Überreißen des Lenkrads kommen, und das Fahrzeug kann ins Schleudern geraten oder gleich im Straßengraben landen.

Da wundert es nicht, dass **Tesla** mit seinem irreführenderweise als „Autopilot“ bezeichneten umfangreichen Assistenzsystem die Automarke mit der höchsten Unfallrate ist.⁴⁹

Kommentar vom 30.06.2024:

Handybenutzung im Auto verboten, aber Touch-Screens erlaubt

Benutzt man als Fahrzeugführer ein Handy manuell, d.h. bedient es über den Touch-Screen des Smartphones und nicht mittels Freisprechanlage und Sprachsteuerung, kostet das laut Bußgeldkatalog 100 € und einen Punkt. Aktuelle Fahrzeuge wie Tesla, aber auch VW und viele andere, werden heute fast ausschließlich über einen großen Touch-Screen bedient, der sich in der Mittelkonsole befindet. Dabei muss man sich oft durch mehrere aufeinanderfolgende Menüs kämpfen und ist deutlich stärker und länger vom Verkehrsgeschehen abgelenkt als bei der einfachen Handy-Bedienung.

Die Bedienung des Fahrzeugs per Touch-Screen ist außerdem extrem fehleranfällig, besonders bei Fahrbahnunebenheiten, wodurch sich der Finger des Fahrers relativ zum Touch-Screen unkontrolliert bewegt. Fehler und deren oft nicht einfache Korrektur verlängern die Ablenkung vom Straßenverkehr nochmal erheblich. Im Gegensatz dazu hat man bei der manuellen Bedienung des Smartphones dieses in der Hand, so dass die Relativbewegung entfällt. Und man kann es so halten, dass man gleichzeitig die Straße sehen kann.

⁴⁹ Siehe Pro 7 :newstime vom 19.12.2023 ,[Tesla-Rekord: Höchste Unfallrate aller Automarken](#)‘ sowie den original Forbes-Artikel [‘Tesla Has The Highest Accident Rate Of Any Auto Brand’](#), in dem es auch um die Gefährlichkeit des „Autopiloten“ geht.

Man kann über das Handyverbot am Steuer denken, was man will, aber dass das Bedienen eines Smartphones per Touch-Screen verboten ist, das Bedienen großer Teile der gesamten Fahrzeugfunktionen per Touch-Screen aber erlaubt ist, ist **schizophren!**

Es gibt sogar Fahrzeuge, die die Aufmerksamkeit des Fahrers auf den Straßenverkehr überwachen und den Fahrer mit einer Meldung wie "Stay Focused!" warnen, wenn er versucht, Einstellungen über den Touch-Screen zu verändern. – Das Fahrzeug merkt selbst, dass das eigene Bedienkonzept nicht funktioniert!

Kommentar vom 07.07.2024:

Vollautonome Kraftfahrzeuge wird es nie geben

Wieso? Die gibt es doch schon, zumindest im Testbetrieb. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie praxistauglich sind und ganz ohne Fahrer auskommen. – Das ist ein weit verbreiteter Irrtum. Zu jedem „vollautonomen“ Fahrzeug gehört ein **Kontrollzentrum**, in dem zahlreiche **Operator** sitzen. Kommt das „vollautonome“ Fahrzeug in eine Situation, die es nicht bewältigen kann, bleibt es stehen und ruft nach einem Operator. Der übernimmt dann per Fernsteuerung die Kontrolle über das Fahrzeug und steuert es aus der Situation heraus. Dann übergibt er die Kontrolle wieder an das Fahrzeug.

Wer schon öfter versucht hat, in einem Call-Center einen menschlichen Ansprechpartner zu erreichen, kann sich vorstellen, wie lange ein „vollautonomes“ Fahrzeug in der Rush-Hour eine Kreuzung blockiert, bis ein Operator übernimmt.

Was komplett fehlt, ist die direkte Fahrer-zu-Fahrer-Kommunikation, z.B. durch Handzeichen. Dadurch kommt es häufiger zu Verkehrsbehinderungen und zu unklaren Situationen, bei denen ein Operator eingreifen muss. Dem fehlt aber auch die Möglichkeit zur direkten Kommunikation mit anderen Fahrern.

Kommentar vom 13.07.2024:

Warum sich Elektroautos in Entwicklungsländern nicht durchsetzen können

Viele Autos mit Verbrennungsmotor, die für den Gebrauchtwagenmarkt in westlichen Ländern zu alt, aber noch fahrbereit sind, werden in Entwicklungsländer exportiert. Diese Autos sind dann meist über 10 Jahre alt, werden dort aber oft noch weitere 10 Jahre oder mehr genutzt.

Das ist bei E-Autos so nicht möglich, da die **Batterien** nur eine Lebensdauer von ca. 10 Jahren haben und die Autos dann ohne den **Austausch** der Batterie praktisch nicht mehr fahrtüchtig sind. Die Kosten dafür sind aber für die Autofahrer in Entwicklungsländern **unerschwinglich**.

In Schwellenländern gilt das abgesehen von der Oberschicht genauso. Hinzu kommt noch das Problem der Ladeinfrastruktur und der Überlastung der oft ohnehin schon instabilen Stromnetze.

Auch in westlichen Ländern haben E-Autos das Problem des enormen Wertverlusts, wenn sich die Batterie dem Ende ihrer Lebensdauer nähert, denn die Batterie eines E-Autos ist bei Weitem das **teuerste Teil** im gesamten Fahrzeug, in der Regel deutlich teurer als ein Austauschmotor des entsprechenden Verbrenners. Erschwerend kommt hinzu, dass die Batterien fast genau so schnell altern, wenn das Fahrzeug nur wenig gefahren wird, was bei Verbrennungsmotoren nicht der Fall ist.⁵⁰

Kommentar vom 20.07.2024:

Die gefährliche Naivität der Grünen

Die Grünen und ihre Anhänger glauben tatsächlich, wenn in Deutschland der Klimaschutz oberste Priorität hat und hunderte Milliarden mit dem Ziel der Klimaneutralität ausgegeben werden, dass dann alle Länder der Erde sich ein Beispiel daran nehmen und Deutschland nacheifern werden. Klar ist, dass Schwellen- und Entwicklungsländer Klimaschutzmaßnahmen nur beschließen, wenn diese **vom Westen finanziert** werden. Die Grünen folgen dieser Sichtweise, ohne sich Gedanken zu machen, woher dieses Geld stammen soll, wenn ihre Klimapolitik zur Deindustrialisierung Deutschlands führt.

Aber selbst wenn Schwellen- und Entwicklungsländer Klimaschutzmaßnahmen beschließen, ist es unendlich naiv anzunehmen, dass diese ähnlich wie in Deutschland von Bevölkerung und Wirtschaft akzeptiert und umgesetzt werden.

Erstens fehlt das **Bewusstsein** für die Klimaproblematik, da die komplexen Zusammenhänge für die weitgehend ungebildete Bevölkerung nicht nachvollziehbar sind. Aus meiner Zeit in Südafrika weiß ich, dass es schon sehr schwer ist, den Schwarzen beizubringen, das elektrische Licht auszuschalten, wenn sie das Haus verlassen.

Zweitens führt die weit verbreitete **Korruption** dazu, dass das Geld für Klimaschutzmaßnahmen in dunklen Kanälen verschwindet, statt für den vorgesehenen Zweck verwendet zu werden.

Und drittens fehlt in Ländern, in denen Häuser ohne Baugenehmigung gebaut oder aufgestockt werden und in denen es keinen TÜV oder irgendetwas Vergleichbares gibt, jegliche **Kontrolle**, ob Klimaschutzauflagen eingehalten werden.

⁵⁰ Schon jüngere E-Autos verlieren stark an Wert (dpa, 12.03.2024): „Junge gebrauchte BEVs stehen im Handel wie Blei, die Standzeiten steigen und Restwerte sind im freien Fall.“ Aus diesen Gründen ist die Elektroauto-Euphorie schon wieder vorbei – wenn man überhaupt davon sprechen kann, denn sie beruhte ja hauptsächlich auf den hohen Kaufprämien, die Anfang des Jahres gestrichen wurden.

Wenn es nach den Grünen geht, wird Deutschland enorme Summen für die eigene Klimaneutralität ausgeben und weitere enorme Summen für den Klimaschutz in Schwellen- und Entwicklungsländern und, weil diese Ausgaben keinen nennenswerten Erfolg haben,⁵¹ nochmal enorme Summen für die Folgen des Klimawandels – Geld, das aber nicht vorhanden ist. Das bedeutet, dass **Deutschland** am Ende der **Verlierer** dieser Politik der grünen „Weltretter“ sein wird.

Kommentar vom 28.07.2024:

Bayerischer „Aktionsplan QUEER“

Es wird in Bayern tatsächlich unter der Federführung des CSU-geführten Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) an einem „[Aktionsplan QUEER](#)“ gearbeitet. Hierzu ein Auszug aus meiner E-Mail an das StMAS:

Ich bin doch etwas verwundert, dass es in Bayern so etwas überhaupt gibt. Aus meiner Sicht ist schon die Existenz eines Aktionsplans „Queer“ ein **falsches Signal**. Meiner Meinung nach gibt es **nichts** zu tun. Wenn jemand beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen wird, ist das Strafrecht anzuwenden, und zwar unabhängig davon, ob das Opfer „queer“ ist oder nicht. Punkt. Sonderrechte für „Queere“ etc. lehne ich kategorisch ab.

Was nun die „**Gleichstellung**“ z.B. im Beruf angeht, bin ich der Meinung, dass „Queere“ etc. eben nicht „gleich“ sind und es ja auch gar nicht sein wollen. Sie sind eben „bunte Vögel“ und als solche auch eine Bereicherung in bestimmten Bereichen der Gesellschaft. Aber es muss z.B. jedem Arbeitgeber freigestellt sein zu entscheiden, ob solche „bunten Vögel“ in sein Unternehmen passen oder nicht. Einige Arbeitgeber mögen sogar solche „bunten Vögel“ bevorzugen, weil sie gut zum Image der Firma passen. Bei anderen passen sie aber eben nicht. Beides muss erlaubt sein. Der Arbeitgeber darf **nicht bevormundet** werden, wie es die Ampel-Regierung will.

Ich vertraue da auf die bayerische Staatsregierung, dass sie alle Auswüchse, die wir auf Bundesebene und in links-grün dominierten Bundesländern sehen, in Bayern unterbindet.

Die für den Aktionsplan zuständige Stelle beim StMAS hat innerhalb von zwei Stunden mit einem Standardtext geantwortet, der in keinsten Weise auf meine inhaltlichen Kritikpunkte eingeht. Offensichtlich besteht seitens der Zuständigen kein Interesse an einer kritischen Auseinandersetzung. Ebenso offensichtlich werden im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens nur Vorschläge akzeptiert, die im Sinne der LGBTQ-Community sind, siehe die Auswahl von eingereichten Vorschlägen auf der [Homepage des „Aktionsplans QUEER“](#).

⁵¹ Siehe meine [Gedanken zur Klimakrise](#).

Vorrangig geht es hierbei einerseits um die **Erlangung von Sonderrechten** und andererseits um **Sonderpflichten** für die breite Bevölkerung und die Unternehmen.

Kommentar vom 04.08.2024:

Sonderrechte + Gleichbehandlung = Ungleichbehandlung

Das unselige „Selbstbestimmungsgesetz“⁵² ist mit der Unterschrift des Bundespräsidenten und der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt jetzt rechtskräftig. Stoppen kann es nur noch das Bundesverfassungsgericht. In diesem Zusammenhang stellt sich eine allgemeine Frage:

- Dürfen Minderheiten für sich Sonderrechte beanspruchen und gleichzeitig eine Gleichbehandlung fordern?

Im konkreten Fall haben „trans“-Personen bzw. solche, die sich dafür halten, das Recht auf eine Änderung ihres amtlichen Geschlechtseintrags und Vornamens, dürfen aber gleichzeitig nicht anders behandelt werden als andere Menschen. Der offensichtliche **Widerspruch** liegt darin, dass „trans“-Personen Sonderrechte haben, weil sie anders sind als andere, aber gleichzeitig nicht anders behandelt werden dürfen als andere.

Dieser Widerspruch und die damit verbundene Ungerechtigkeit könnten nur aufgelöst werden, wenn „trans“-Personen (a) sich mit ihrem biologischen Geschlecht (Hoden → Mann, Eierstöcke → Frau) abfinden müssten oder (b) anders behandelt werden dürften als andere. Z.B. müsste biologischen Männern, die sich als Frau deklarieren, der Eintritt in Einrichtungen untersagt werden können, die ausschließlich für Frauen gedacht sind.

Eine ähnliche **Bevorzugung von Minderheiten**, die im Widerspruch zu den Grundsätzen des Art. 3 Abs. 3 GG steht,⁵³ gibt es auf vielen Gebieten, z.B. bei der Filmförderung und bei der Forschungsförderung.⁵⁴ Gerecht wäre, wenn nur die Qualifikation zählen würde.

Ich habe schon 2022 in meinen [Gedanken zum Verfall der deutschen Sprache](#) vorhergesagt, dass die Bevorzugung von Minderheiten, wie sie z.B. auch durch das „Sichtbarmachen“ mittels Genderstern etc. erfolgt, Hass und Gewalt gegen diese Minderheiten schürt.⁵⁵ Die Statistiken scheinen dies nun zu bestätigen.

⁵² Siehe meine Kommentare [„Selbstbestimmungsgesetz“ – Gefühl wird Gesetz](#) vom 19.07.2023 und [Ist Geschlechtsdysphorie eine Fehlprägung?](#) vom 26.07.2023 sowie [Gender-Sprache als Tumor-Marker der Gesellschaft](#) vom 17.01.2024.

⁵³ Art. 3 Abs. 3 Satz 1: Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen **benachteiligt** oder **bevorzugt** werden. (*Hervorhebung von mir*)

⁵⁴ Siehe z.B. den Artikel [Die Macht der Woken](#) aus der [Berliner Zeitung vom 11.11.2023](#).

⁵⁵ Siehe auch meinen Kommentar [Verstärkt die Woke-Ideologie Rassismus und Intoleranz?](#) vom 28.06.2023.

Kommentar vom 11.08.2024:

Fremdenfeindlichkeit als Protesthaltung?

Wer in unserer links-grün-woke dominierten politischen Landschaft eine Protesthaltung zeigen will, kann dies eigentlich nur durch eine konträre, also rechte Haltung. Wenn sich alles um angeblich diskriminierte Minderheiten dreht, zeigt man seinen Protest durch Feindlichkeit gegenüber diesen Minderheiten. Wenn jegliche Differenzierung zwischen verschiedenen Gruppen, z.B. verschiedenen Religionen, als Rassismus gebrandmarkt wird, zeigt man mit (angeblich) rassistischen Äußerungen seinen Widerstand.

Besonders unter Jugendlichen, die provozieren wollen, sind fremdenfeindliche Äußerungen „hip“ geworden.⁵⁶ Den Jugendlichen geht es dabei in erster Linie um Aufmerksamkeit in den „sozialen“ Medien. Das Sylter „Pony-Video“, das für viel Aufregung gesorgt hat,⁵⁷ war nur ein Beispiel. Aber es zeigt, dass die zur Schau gestellte Fremdenfeindlichkeit eher von „Wohlstandsverwehrlosung“ zeugt als von politischer Überzeugung. – Eine rationale, differenzierte Betrachtung hat in der heutigen, aufgeregten Zeit offensichtlich keine *Follower*. Andererseits sind gerade Jugendliche von den Folgen der fehlgeleiteten links-grün-woke Politik tatsächlich besonders stark betroffen, z.B. von den katastrophalen Verhältnissen an Schulen und Hochschulen.⁵⁸

Kommentar vom 18.08.2024:

Wann ist Diversität ein Vorteil und wann nicht?

Diversität ist über den reinen Unterhaltungswert („Multi-Kulti“) hinaus nur dann von Vorteil, wenn dadurch der **Lösungsraum für Probleme erweitert** wird. Dies geschieht durch unterschiedliche Sicht- und Denkweisen. Hierin unterscheiden sich Männer und Frauen, aber z.B. auch Europäer und Nordamerikaner. Bringt man diese zusammen, können Lösungen erarbeitet werden, auf die z.B. Männer bzw. Europäer allein vielleicht nicht gekommen wären. In diesem Fall ist Diversität ein Motor des Fortschritts.⁵⁸

Voraussetzung dafür ist aber, dass die verschiedenen Lösungsansätze **rational** abgewogen werden und die verschiedenen Gruppen **kompromissbereit** sind.⁵⁹ Das ist meist nicht der Fall, wenn Gruppen mit vorgefassten ideologischen oder religiösen Weltbildern zusammen-

⁵⁶ Siehe z.B. den Kommentar ‚[Die Jugend ist links? Von wegen!](#)‘ aus der [NZZ vom 25.04.2024](#).

⁵⁷ Siehe z.B. den Kommentar ‚[Eine Staatskrise namens Sylt: Ein paar Idioten singen ein ausländerfeindliches Lied, und Deutschland verliert die Nerven](#)‘ aus der [NZZ vom 27.05.2024](#).

⁵⁸ Siehe auch Oded Galor: *The Journey of Humanity* – Über die Entstehung von Wohlstand und Ungleichheit (s. Literaturempfehlungen)

⁵⁹ Hierbei kommt es nicht auf die zahlenmäßige Zusammensetzung an. Eine einzige argumentationsstarke Person mit meinem anderen Ansatz als der Rest kann ggf. ausreichen. Die oft geforderte Parität von Männern und Frauen ist dafür nicht erforderlich, sondern eher schädlich, siehe auch meinen Kommentar ‚[Frauenquoten schaden der Gleichberechtigung](#)‘ vom 08.03.2023.

gebracht werden. Ein Beispiel hierfür wären traditionelle Moslems und emanzipierte Frauen. Dabei kann nichts Konstruktives herauskommen. In diesem Fall führt Diversität nur zu Konflikten, die unter Umständen eskalieren. Man denke da z.B. an die vielen Femizide, wenn europäische Frauen ihre muslimischen Männer verlassen (wollen).

Die links-grün-woke Ideologie, die Diversität als ausschließlich positiv verklärt, geht an der Realität vorbei. Sie ist auch ein Ausdruck des westlichen Selbsthasses. Wie sagte die Grüne Katrin Göring-Eckardt 2015 zum Thema Migration: *„Deutschland wird bunter werden. Ja, wie toll ist das! Das haben wir uns immer gewünscht. Wahrscheinlich wird es auch religiöser werden. Na klar. Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich sag euch eins: Ich freu mich drauf!“*⁶⁰ – Und seitdem haben die Grünen nichts dazugelernt.⁶¹

Was die Anhänger von „Multi-Kulti“ ignorieren, ist die Bedeutung der **Homogenität** einer Gesellschaft, die eminent wichtig für Stabilität und Zusammenhalt ist.^{58,62} Nur wenn Diversität und Homogenität in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen, gibt es einen stabilen Fortschritt.⁶³

Kommentar vom 26.08.2024:

„Gutmenschentum“ führt zur Zunahme von Gewalt

Das klingt erst einmal unlogisch, doch der Zusammenhang stellt sich wie folgt dar:

In der westlichen Welt und insbesondere unter „Gutmenschen“ ist Gewalt als Mittel zur Lösung von Problemen geächtet. Deshalb möchten „Gutmenschen“ möglichst vielen Flüchtlingen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten helfen und sie in Deutschland aufnehmen. – „Wir schaffen das.“

Nun kennen die Flüchtlinge und auch ihre Kinder oft nichts anderes als Gewalt und verhalten sich auch in Deutschland entsprechend. Dadurch zeigen sie insbesondere anderen Kindern und Jugendlichen Gewalt als einen alternativen und oft erfolgreicher Weg zur „Problemlösung“ auf. Ab einem gewissen Anteil z.B. von gewalttätigen Kindern und Jugendlichen in ei-

⁶⁰ Siehe z.B. den Gastkommentar [„Wie Deutschland sich zum Schlechten verändert“](#) aus der [NZZ vom 29.11.2023](#), sowie den Artikel [„Israel-Hass und Selbsthass – in den Uni-Protesten schlummert die Selbstzersetzung des Westens“](#) aus der [NZZ vom 11.05.2024](#).

⁶¹ Anders sieht es bei vielen Unternehmen aus: Microsoft hat sein DEI-Team (Diversity, Equity, Inclusion) aufgelöst ([Business Insider vom 15.07.2024](#)). Auch z.B. bei Google, Meta und Zoom geht die Entwicklung in dieselbe Richtung. Der Artikel [„Die Wokeness ist am Ende“](#) aus der [NZZ vom 23.07.2024](#) ist aber wohl zu optimistisch. – Es gibt noch keinen Grund zur Entwarnung. Der Spuk ist noch nicht vorbei.

⁶² Siehe auch den Kommentar von Eric Gujer [„Der deutsche Traum von der Multikulti-Vielfalt ist geplatzt“](#) aus der [NZZ vom 30.08.2024](#). Zum Stichwort „Diversity-Marketing“ siehe auch meinen Kommentar [„Verstärkt die Woke-Ideologie Rassismus und Intoleranz?“](#) vom 28.06.2023.

⁶³ Siehe auch meinen Kommentar [„Der Umschlag von Quantität in Qualität“](#) vom 27.12.2023.

ner Schule bleibt auch den anderen nichts übrig, als mit Gegengewalt zu reagieren, um nicht vollständig unterdrückt zu werden. – „Die anderen habe doch auch alle Messer.“

Was kann man dagegen tun? **Gewalt an Schulen** muss rigoros unterbunden werden. „Gutmenschentum“ und falsches Mitleid sind hier fehl am Platz.⁶⁴ Im Wiederholungsfall muss unweigerlich ein Schulverweis erfolgen. Hilft auch dieser nicht, müssen gewalttätige Kinder und Jugendliche in Sondereinrichtungen kommen. Hilft auch das nicht, muss es auch möglich sein, die gesamte Familie auszuweisen. – Das Pendant zum Familiennachzug.⁶⁵

Darüber hinaus müssen alle, die keinen legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland haben, umgehend das Land verlassen. Auch hierbei ist jedes „Gutmenschentum“ nicht nur fehl am Platz, sondern gefährlich. Was passiert, wenn **Abschiebungen** nicht konsequent durchgeführt werden, hat der Terroranschlag von Solingen gezeigt. Ich plädiere für eine sofortige und unbegrenzte Abschiebehaft für alle Ausreisepflichtigen.⁶⁶

Kommentar vom 02.09.2024:

Zu den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen

In Thüringen ist die AfD wie erwartet mit großem Vorsprung stärkste Partei geworden und in Sachsen zweitstärkste, nur knapp hinter der CDU. In Thüringen hat die AfD mit mehr als einem Drittel der Sitze im Landtag eine Sperrminorität und zusammen mit dem BSW sogar die absolute Mehrheit der Sitze. Das ist eine **schallende Ohrfeige** für alle etablierten Parteien von der Linken bis zur CDU. Besonders abgestraft wurden die Ampel-Parteien: Die Grünen sind in Thüringen nicht mehr im Landtag vertreten und liegen in Sachsen nur ganz knapp über 5%. Die SPD ist klar einseitig geworden, liegt in Thüringen sogar nur knapp über der 5%-Hürde. Die FDP spielt überhaupt keine Rolle mehr. In Thüringen haben alle drei Ampel-Parteien zusammen nur gut 10% der Stimmen bekommen, und auch in Sachsen nur gut 13% – ein klares Signal nach Berlin.

Ein **Rücktritt der Bundesregierung** wäre jetzt eigentlich unausweichlich. Die links-grünen Politiker der Ampelregierung sind allerdings so sehr ideologisch verbohrt, dass sie komplett unfähig sind, ihr eigenes Versagen zu erkennen. Dass ihre doch so gute Politik bei der Bevölkerung keinen Anklang findet, können sie sich nur so erklären, dass die Menschen sie nicht verstanden haben. Und dass ihre Politik die angestrebten Ziele nicht erreicht hat, können sie

⁶⁴ Siehe auch meinen Kommentar ‚[Sollte das Jugendstrafrecht verschärft werden?](#)‘ vom 28.03.2023.

⁶⁵ Wie unkontrollierte Migration zu Gewalt und Gegengewalt führt und welche Rolle die Medien dabei spielen, beschreibt der Schriftsteller Leon de Winter am Beispiel Großbritanniens in der [NZZ vom 08.08.2024](#).

⁶⁶ Siehe auch die Kommentare ‚[Ohne eine Wende in der deutschen Migrationspolitik bleiben Messerverbote blasse Kosmetik](#)‘ aus der [NZZ vom 13.08.2024](#) sowie ‚[Die deutsche Regierung hat die Bekämpfung der irregulären Migration nie wirklich ernst genommen](#)‘ aus der [NZZ vom 25.08.2024](#).

sich nur so erklären, dass diese Politik noch weiter intensiviert werden muss („Mehr hilft mehr.“) – auch gegen den Widerstand der breiten Bevölkerung.

Soweit AfD und BSW sich einig sind – und das ist in vielen Punkten der Fall, siehe meinen Kommentar ‚Das Hufeisenmodell‘ vom 24.01.2024 –, kann in Thüringen nicht mehr gegen sie regiert werden. Die CDU beansprucht für sich als Partei, „die im demokratischen Spektrum die meisten Stimmen hat“, – und damit unter Missachtung der AfD-Wähler – die Regierungsbildung in Thüringen. Dabei würden nicht einmal SPD und BSW als Koalitionspartner reichen. Für eine Mehrheit müsste sie auch noch die Linkspartei dazunehmen. Sie wäre dann gegenüber den linken Koalitionspartnern deutlich in der Unterzahl. Das wäre sicher nicht im Sinne der CDU-Wähler.

In Sachsen hat die Regierungskoalition aus CDU, SPD und Grünen die Mehrheit verloren. An die Stelle der Grünen müsste das BSW treten.

Kommentar vom 09.09.2024:

ChatGPT ist woke, vegan und links

Eine [aktuelle Studie der Neuen Zürcher Zeitung \(NZZ\)](#) im Zusammenhang mit den Wahlen in Sachsen und Thüringen hat ergeben, dass ChatGPT eindeutige politische Präferenzen hat. Die NZZ hat die Künstliche Intelligenz hundert Mal den „Wahl-O-Mat“ absolvieren lassen. Der „Wahl-O-Mat“ stellt mittels einer Reihe von Fragen fest, welche Partei am besten zu den gegebenen Antworten passt. Die KI zeigt eine **klare Parteipräferenz**. Sie hat deutlich mehr Sympathien für die links-grünen Positionen der Veganer-Partei als für bürgerliche Politik. Der „Wahl-O-Mat“ stellt z.B. auch fest, dass die Antworten von ChatGPT besser zur verfassungsfeindlichen Marxistisch-Leninistischen Partei (MLPD) passen als zur CDU. – Das ist erschreckend!

ChatGPT erklärt das selbst so: „Wenn die KI Antworten gibt, die ein bestimmtes ‚rot-grünes, wokes Weltbild‘ widerspiegeln, liegt das weniger an einer politischen Agenda, sondern vielmehr daran, dass sie auf die **ethischen Richtlinien und Werte** moderner westlicher Gesellschaften, wie Gleichberechtigung, Diversität und Umweltschutz, programmiert ist.“ – Da fragt man sich natürlich, wo Werte wie Freiheit, Liberalität und Eigenverantwortung bleiben.

Ich sehe hierin eine **äußerst kritische Entwicklung**. Wenn die KI in Zukunft Suchmaschinen ersetzt und fertig formulierte Antworten liefert statt einer Liste von Links auf Originalquellen, dann ist die **Wahrheit** wohl keinen Pfifferling mehr wert. Die „Digital Natives“ machen sich nur äußerst ungern aus Originalquellen selbst ein Bild, „informieren“ sich lieber nur noch auf Instagram, TikTok etc., und glauben das, was die meisten Likes hat. Mit der KI wird das noch viel schlimmer, denn was die ausspuckt, wird noch unkritischer als absolute Wahrheit gesehen. – Das könnte das **Ende der freien Meinungsbildung** sein!

Über die Krise der deutschen Automobilindustrie

Die deutsche Automobilindustrie steckt in einer tiefen Krise. Das zeigt sich z.B. in den einschneidenden Sparmaßnahmen, die VW plant. Aber auch Mercedes-Benz und BMW haben große Probleme. Das liegt einerseits an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich unter der Ampelregierung drastisch verschlechtert haben, und andererseits an **krassen Fehleinschätzungen des Managements** der Automobilindustrie, insbesondere bzgl. der **Elektromobilität**.

Ich schätze, dass bei einem Anteil von 15%, vielleicht 20% der reinen Elektroantriebe bei Pkw der **Markt gesättigt** ist.⁶⁷ Das liegt an einer Reihe von limitierenden Bedingungen für die Anschaffung und Nutzung von E-Autos:

- Der hohe Anschaffungspreis muss getragen werden können, insbesondere angesichts des hohen Wertverlustes von E-Autos.
- Das Nutzungsprofil muss zu einem E-Auto passen, insbesondere bzgl. der Reichweite, Lademöglichkeiten und Ladezeiten.

Dass die Manager der deutschen Automobilindustrie diese einfachen Fakten ignoriert haben, kann man als eine „**Wette auf eine Klimadiktatur**“ auffassen.⁶⁸ Aktuelle Ergebnisse von Wahlen und Umfragen legen nahe, dass diese Wette verloren ist, denn der Einfluss der Grünen schwindet rapide.

Die Industrie fordert von der Ampelregierung, E-Autos wieder zu subventionieren. Das verstößt nicht nur gegen die Prinzipien der Marktwirtschaft, sondern ist aus verschiedenen Gründen nicht sinnvoll und nicht durchführbar:

- Subventionen würden auch und besonders günstige ausländische E-Autos fördern, womit der deutschen Automobilindustrie nicht geholfen, sondern geschadet würde.
- Die Ampelregierung strebt bis 2030 einen Zuwachs auf 15 Mio. E-Autos an. Die Subventionen, die notwendig wären, um dieses Ziel zu verfolgen, sind angesichts der Haushaltslage nicht finanzierbar.

Die deutsche Automobilindustrie muss dringend zu einer realistischen Haltung bzgl. der verschiedenen Antriebsarten zurückfinden. Dazu gehört auch und besonders die **Weiterentwicklung der Verbrenner-Technologien**.

⁶⁷ Aktuell, d.h. ohne staatliche Subventionen, liegt der Anteil der rein elektrischen Pkw bei den Neuzulassungen bei knapp 14%.

⁶⁸ Die Automobilindustrie ist obrigkeitshörig den weltfremden Vorgaben von Rot-Grün gefolgt, nicht nur bzgl. der Elektromobilität, sondern z.B. auch mit übergreifigen Gender-Richtlinien für die Mitarbeiter, ohne zu berücksichtigen, dass es sowohl in der SPD als auch bei den Grünen antikapitalistische und antideutsche Tendenzen gibt.

Kommentar vom 23.09.2024:

Zur Landtagswahl in Brandenburg

In Brandenburg konnte die bisherige Koalition aus SPD, CDU und Grünen ihre Mehrheit nicht verteidigen. Die Grünen wurden besonders hart abgestraft und sind an der 5%-Hürde gescheitert. Die AfD wurde knapp hinter der SPD nur zweitstärkste Partei,⁶⁹ hat die sog. Sperrminorität von mehr als einem Drittel der Sitze im Landtag aber trotzdem erreicht. Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) liegt aus dem Stand vor der CDU.

Zusammen haben AfD und BSW die Hälfte der Landtagssitze gewonnen. Das ist eine weitere **schallende Ohrfeige** für alle etablierten Parteien von der Linken bis zur CDU. Offensichtlich haben die Wähler sich von den hektischen Aktivitäten der Ampel und der CDU kurz vor der Wahl nicht blenden lassen. Einmal verlorenes Vertrauen lässt sich so schnell nicht zurückgewinnen.

Damit stellt sich erneut die Frage, ob die Ampelregierung in Berlin aus den eigentlich unmissverständlichen Wahlergebnissen **endlich Konsequenzen** zieht. Ich glaube eher, dass Rot-Grün aufgrund ihres Realitätsverlustes in der verbleibenden Zeit bis zur regulären Bundestagswahl noch **viel Unheil** anrichten wird, wobei allein schon die Weiterführung der bisherigen Politik für noch ein Jahr verheerend wäre.

Die Frage ist, wie die FDP reagiert. Führt sie die Ampelkoalition in ihrer Rolle als Schadensbegrenzer fort, wird das nach aktuellem Stand von den Wählern nicht honoriert. Lässt sie die Koalition platzen, ist fraglich, ob das ihren Verbleib im Bundestag retten kann. Den Versuch wäre es aber sicher wert – und eigentlich auch die Pflicht der FDP, um weiteren Schaden von der Bundesrepublik abzuwenden.

Kommentar vom 30.09.2024:

Über die Kommunikationsprobleme der etablierten Parteien

Alle etablierten Parteien, von der Linkspartei über die Ampelparteien bis zur CDU, erklären ihre teilweise katastrophalen Wahl- und Umfrageergebnisse mit „Kommunikationsproblemen“. Die Wähler hätten ihre Politik nicht verstanden, sie müsste ihnen besser erklärt werden. Das ist natürlich Schwachsinn, so dumm sind die Wähler nicht. Vielmehr können die Menschen die andauernden Belehrungen durch die Politiker und die Medien nicht mehr

⁶⁹ Anders sieht es bei den Erststimmen und den daraus resultierenden Direktmandaten aus: Da hat die AfD deutlich mehr Wahlkreise gewonnen als die SPD. Das zeigt, wie sehr die AfD im Osten und dort besonders auf dem Land verwurzelt ist. Die „Brandmauer“ hat ganz offensichtlich versagt. Die Frage ist, ob bei der CDU jetzt langsam ein Umdenken stattfindet. Zumindest im Osten gibt es entsprechende Ansätze, siehe den Artikel ‚Merz‘ Brandmauer hält sie für «Quatsch»: Wie eine ost-deutsche CDU-Politikerin über das Verhältnis zur AfD denkt‘ aus der [NZZ vom 14.09.2024](#).

ertragen. Sie wollen keine Politiker, die ihnen mit erhobenem Zeigefinger „erklären“, wie sie sprechen, heizen und welches Auto sie fahren sollen. **Das ist das eigentliche Kommunikationsproblem.**⁷⁰

Die Menschen haben die links-grüne Politik sehr wohl verstanden, wollen sie aber einfach nicht:

- Sie wollen keine Klimapolitik, die zur Deindustrialisierung Deutschlands führt und ihre Arbeitsplätze und ihren Wohlstand gefährdet. – Sie wollen Schutzmaßnahmen vor den Folgen der Erderwärmung wie Überschwemmungen und Dürren.
- Sie wollen keine unkontrollierte Migration in die sozialen Sicherungssysteme. – Sie wollen die zielgerichtete Einwanderung von fehlenden Arbeits- und Fachkräften.
- Sie wollen keine Schulen, in denen ihre Kinder das Gendern und Ausländer-Deutsch sowie den Umgang mit Messern lernen. – Sie wollen dass ihre Kinder in der Grundschule richtiges Deutsch lernen, fließend sprechen, lesen, schreiben und rechnen. Sie wollen eine fundierte, ideologiefreie Schulbildung, die auf das spätere Berufsleben vorbereitet.
- Sie wollen keine „Fortschritte“ auf Nebenschauplätzen wie Cannabis und LGBTQ. – Sie wollen, dass die Politik die wirklich wichtigen und dringenden Aufgaben angeht, wie die Anpassung des Rentensystems an den demografischen Wandel, die Instandsetzung der Infrastruktur und eine schlagkräftige Landesverteidigung.

Und schließlich wollen diejenigen, die deshalb andere als die etablierten Parteien wählen, nicht als Antidemokraten und Rassisten abgestempelt werden, oder als Dummköpfe, die auf Populisten hereinfallen.⁷¹

Kommentar vom 07.10.2024:

Nachträgliche Erkenntnisse aus der COVID-19-Pandemie

Aufgrund der Veröffentlichung von Protokollen des RKI ist erneut eine Diskussion über das richtige oder falsche Vorgehen während der COVID-19-Pandemie aufgekommen.

Aus meiner Sicht war der größte Fehler, dass der Mut zu einer **allgemeinen Impfpflicht** (wenige Monate nach Freigabe der mRNA-Impfstoffe) gefehlt hat. Dann wären viele andere einschneidende Maßnahmen wie Schulschließungen überflüssig gewesen. Dass es für die „Herdennimmunität“ eine hohe Impfquote braucht, die mit freiwilligen Impfungen offensichtlich nicht erreicht wird, ist Fakt.⁷²

⁷⁰ Siehe auch den Artikel von Susanne Gaschke ‚[Erziehungsrepublik Deutschland: Olaf Scholz und seine Regierung reden zu den Wählern, als ob sie Kinder wären](#)‘ aus der NZZ vom 20.09.2024.

⁷¹ Siehe auch den Gastkommentar von Ralf Schuler aus der NZZ vom 07.10.2024: ‚[Die AfD ist ein demokratisches Lehrbeispiel dafür, wie Volksmeinung sich Gehör verschafft](#)‘ – Schuler sieht es auch so, dass nicht die Wähler der AfD eine Gefahr für die Demokratie darstellen, sondern die Politiker, die die AfD und ihre Wähler ausgrenzen.

Bei der nächsten Pandemie wird es wahrscheinlich wieder so laufen. Aber was ist, wenn das Virus gefährlicher ist als COVID-19? Andererseits ist COVID-19 nicht so ungefährlich, wie oft getan wird, insbesondere die Langzeitwirkungen. Aus meiner Sicht ist das Kriterium klar: Solange die Impfung deutlich mehr Menschenleben rettet, als sie kostet, und deutlich mehr Langzeitschäden verhindert, als sie verursacht – ich denke da an einen Faktor 100 bis 1000 –, solange ist eine Impfpflicht gerechtfertigt. Das gilt ab dem Zeitpunkt, ab dem man das mit hoher Wahrscheinlichkeit annehmen kann. Zu diesem Zeitpunkt muss man z.B. nicht genau wissen, wie oft die Impfungen wiederholt werden müssen. Wichtig ist schnelles Handeln, was heute mit den mRNA-Impfstoffen möglich ist.

Es wäre sinnvoll, wenn für die nächsten Pandemien im Voraus **klare, verbindliche Regeln** aufgestellt würden. Man sollte die Entscheidungen nicht Politikern überlassen, die im Zweifelsfall deren Auswirkungen auf ihre eigene Karriere bzw. Wiederwahl im Blick haben.

Anmerkung: Von ca. 65 Mio. gegen COVID-19 Geimpften haben 11.827 (0,02%) einen Impfschaden angemeldet. Davon wurden bis Januar 2024 nur 467 anerkannt ([tagesschau vom 22.01.2024](#)), das ist einer von ca. 140.000 Geimpften, während etwa jeder 20. Infizierte Long COVID bekommt, mit gravierenden Folgen über lange Zeit.

ERGÄNZUNG: Ich habe diesen Kommentar am 02.10.2024 [in der NZZ veröffentlicht](#). Hier ein Auszug aus den Antworten der Leser dazu sowie meine Erwidernungen (*kursiv*):

J.B.: Sie gehen davon aus, dass der Impfstoff wirksam ist. Kann das bezweifelt werden?

Bei mir hat der Impfstoff hervorragend gewirkt. Meine Frau war mit COVID-19 infiziert und es ging ihr wirklich nicht gut. Ich war bereits geimpft und habe nicht mehr als ein Halskratzen gespürt.

M.A.: Die Dunkelziffer der Impfschäden dürfte hoch sein. Dazu zähle ich vor allem auch die Zunahme und Verschlechterung des Verlaufs von Autoimmunerkrankungen, über die Hausärzte berichten.

Bei Vorerkrankten kann COVID-19 aber auch oft sehr schwere Verläufe haben.

M.G.: ... Eine Impfpflicht dürfte für erprobte Impfstoffe bei tatsächlich für jeden einzelnen lebensgefährlichen oder aber in realistischer Sichtweise so ausrottbaren Erregern ethisch vertretbar sein, wobei es da auch seit Anbeginn Gegenstimmen gab; eines der *diffizilen* ethischen Probleme, die es eben manchmal auch gibt. ...

Das ist eine durchaus zu respektierende Ansicht. Ich sehe das aber anders. Meine Ethik ist eher die des Utilitarismus.

L.I.: Die Covid-Impfung führt nicht zu steriler Immunität der Geimpften. Eine Herdenimmunität kann deshalb auch mit einer Impfquote von 100 % nicht erreicht werden.

Für die Herdenimmunität reicht ein bestimmter Prozentsatz von Geimpften plus Genesenen, dann kann sich das Virus nicht weiter ausbreiten. Der Prozentsatz hängt von der Infektiosität

⁷² Ich verweise auch auf meine eigenen [Simulationen zur Pandemie](#), mit denen auch der Effekt der „Herdenimmunität“ veranschaulicht wird, sowie auf meine [Untersuchungen zum Einfluss des Oktoberfests 2022 auf die Ausbreitung von COVID-19](#).

des Virus ab. Beispielfhaft habe ich das mit einfachen Simulationen demonstriert. Wenn das Virus stark mutiert, müssen allerdings Auffrischungsimpfungen mit angepassten Impfstoffen erfolgen.

Kommentar vom 14.10.2024:

Ohne Privatpatienten geht es nicht

Es wird immer wieder bemängelt, dass es in Deutschland eine „**Zweiklassenmedizin**“ gibt, dass Privatpatienten z.B. leichter Arzttermine bekommen als Kassenpatienten. Das als Ungerechtigkeit zu verurteilen, ist aus zwei Gründen falsch:

1. Wer mehr zahlt, hat auch ein Recht auf eine bessere Behandlung.
2. Ohne Privatpatienten könnten viele Arztpraxen nicht kostendeckend arbeiten und müssten über kurz oder lang schließen.

In Wirklichkeit findet eine **Querfinanzierung** der Behandlung der Kassenpatienten durch die Privatpatienten statt. Deshalb sind die Arztpraxen auf einen gewissen Anteil an Privatpatienten angewiesen, um überhaupt Kassenpatienten behandeln zu können. Eine bevorzugte Terminvergabe an Privatpatienten ist folglich unausweichlich.

Würde die Forderung nach Abschaffung der Privatversicherung und Gleichbehandlung aller Patienten umgesetzt, würden **alle** Patienten **schlechter** behandelt werden. Erst dann gäbe es eine echte Zweiklassenmedizin mit Sonderbehandlung ggf. im Ausland nur für reiche Selbstzahler.

Eine bessere Gesundheitsversorgung kann man nur durch den Abbau der Bürokratie erreichen, die heute einen viel zu großen Teil der Arbeitszeit der Ärzte beansprucht.⁷³

Kommentar vom 21.10.2024:

Body Positivity kann der Gesundheit schaden

Body Positivity sieht sich als Gegengewicht zum *Body Shaming*, aber ist „Jeder ist schön“ wirklich eine gute Einstellung?

Bei einem Normalgewicht liegt der **Body Mass Index** $BMI = M/L^2$, wobei M die Masse in Kilogramm ist und L die Länge in Metern, zwischen 18,5 und 25. Leichte Über- oder Unterschreitungen sind harmlos, aber bei einem BMI über 30 liegt Adipositas vor und unter 16 starkes Untergewicht. Schon unter 17,5 kann Magersucht beginnen. Das sind medizinische Probleme.

⁷³ Siehe z.B. Ärzteblatt BW 10/2024: ‚Bürokratische Auflagen, Kostenanstiege und IT-Chaos: Viele wollen Zulassung zurückgeben‘ (bezieht sich auf die kassenärztliche Zulassung, ein Teil will die Praxis als reine Privatpraxis weiterführen)

me, die eine Behandlung erfordern, um bleibende Schäden zu verhindern. Adipositas und Magersucht als „schön“ zu verklären, ist alles andere als hilfreich und kann den Betroffenen erheblichen **Schaden** zufügen.

Es ist aber typisch für den herrschenden Zeitgeist, in Extreme zu verfallen und gleichzeitig das „Normale“ abschätzig zu bewerten. Aber genauso wie unnötige Schönheitsoperationen mehr schaden als nützen, kann es gefährlich sein, tatsächliche körperliche Probleme zu ignorieren. Hier zeigt sich wieder einmal der negative Einfluss von Influencern und allgemein „sozialen“ Medien, deren Ziel Aufmerksamkeit ist – und die ist mit Extremen viel leichter zu erreichen als mit Ausgewogenheit.

Kommentar vom 26.10.2024:

Das Grundproblem mit dem Islam in Deutschland

Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG besagt: *Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.*

Nun gibt es aber z.B. ganz offensichtliche Unterschiede zwischen den Anhängern verschiedener Religionen. Nehmen wir auf der einen Seite evangelische Christen, die „den lieben Gott einen guten Mann sein lassen“, vielleicht zu Ostern und Weihnachten in die Kirche gehen und bei Ehebruch (6. Gebot) ein bisschen ein schlechtes Gewissen haben. Und nehmen wir auf der anderen Seite gläubige Moslems, die fünfmal am Tag gen Mekka beten und auch sonst den Koran befolgen, aber soweit „integriert“ sind, dass sie Ehebrecherinnen nicht steinigen. – Da treffen Weltanschauungen aufeinander, die **unvereinbar** miteinander sind. Muss man diese trotzdem als **gleichwertig** betrachten?

Wie man an dem Beispiel sieht, ist es nicht die Religion selbst, die den Unterschied macht, sondern deren Durchgriff auf das Alltagsleben. Es geht also nicht um den Glauben oder die religiösen Anschauungen, sondern um das daraus abgeleitete **gelebte Weltbild**.⁷⁴ Und das passt entweder zur aufgeklärten, westlichen Lebensweise oder es passt nicht. Hier ist durchaus eine **wertende Unterscheidung erlaubt**, und eine Bevorzugung des einen und Ablehnung des anderen verstößt **nicht** gegen Art. 3 Abs. 3 GG.

Die in Deutschland seit der Merkel-Ära praktizierte Migrationspolitik („Wir schaffen das“ und „Der Islam gehört zu Deutschland“) leugnet diese Tatsache und richtet deshalb so großen

⁷⁴ Zwei Türcinnen aus Izmir haben mir einmal ihre Sicht des Problems erklärt: Die türkischen Gastarbeiter, die ab den 60er Jahren nach Deutschland kamen, stammten zum größten Teil aus Anatolien, einer noch heute sehr rückständigen Region der Türkei, und sind auch heute bis in die dritte Generation, die in Deutschland lebt, rückständiger als moderne Türken in den Großstädten der Türkei. Man sieht das auch daran, dass der illiberale und autoritäre Präsident Erdoğan in Deutschland prozentual mehr Anhänger hat als in der Türkei selbst.

Schaden an. Migration, die über das Asyl nach Art. 16a GG⁷⁵ hinausgeht, muss sich nach Nutzen und Schaden für Deutschland richten.⁷⁶

Kommentar vom 01.11.2024:

Über die Trennung von Kirche und Staat

Bischöfe und Kardinäle werden aufgrund einer mehr als 200 Jahre alten Verpflichtung noch heute aus der Staatskasse bezahlt. Bundesweit fließen an die Kirchen Personalkosten in Höhe von ca. 500 Mio. € pro Jahr.⁷⁷ Das ist ein **Anachronismus** und gibt in der heutigen Zeit ein falsches Signal.

Nicht mehr zeitgemäß ist auch, dass der deutsche Staat die Kirchensteuer mit der Lohnsteuer einzieht. Die katholische Kirche hat 22,2 Mio. Mitglieder, die evangelische 20,2 Mio., und der ADAC hat 21,8 Mio. Mitglieder. Dann müsste der deutsche Staat eigentlich auch die ADAC-Beiträge mit der Kfz-Steuer einziehen. Schließlich ist die Kirchensteuer auch nichts anderes als ein Mitgliedsbeitrag.

Der Vogel schießt natürlich Bayern ab, mit der Kruzifix-Pflicht in öffentlichen Gebäuden. Dass Söder damit durchgekommen ist, ist mir völlig unverständlich. Kontraproduktiv ist es außerdem. **Religion** muss **reine Privatsache** sein. Nur dann kann man auch den Einfluss des politischen Islams in Deutschland zurückdrängen.

Kommentar vom 06.11.2024:

Zu den Präsidentschaftswahlen in den USA

Jedes Land bekommt den Präsidenten, den es verdient. Das Problem ist nicht, dass Donald Trump sich wie die Axt im Walde benimmt, statt wie ein Staatsmann, und als Oberbefehlshaber über Atomwaffen gänzlich ungeeignet ist. Das Problem ist, dass das so vielen Amerikanern **egal** ist.

Die USA waren lange ein leuchtendes Vorbild für die Demokratie und ihren Erfolg. Mit einem Wahlsystem, das noch aus der Zeit stammt, als die Wahlmänner mit der Postkutsche nach Washington D.C. fuhren, um den Präsidenten zu wählen,⁷⁸ und Wählern, für die Populismus schon zu kompliziert ist, so dass sich der Wahlkampf auf persönliche Herabwürdigungen und

⁷⁵ Art. 16a Abs. 1 GG: *Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.* – Nur ca. 0,7% der Asylmigranten werden nach Art. 16a GG anerkannt.

⁷⁶ Siehe auch den Kommentar ‚[Deutschland betreibt eine Asylpolitik gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung](#)‘ aus der [NZZ vom 17.10.2024](#).

⁷⁷ Siehe z.B. www.rehm-verlag.de/beamtenrecht/blog-beamtenrecht/staat-zahlt-kirchengehaelter.

⁷⁸ Das antiquierte Wahlsystem, bei dem in jedem Bundesstaat nur die stärkste Partei zählt, verhindert Pluralismus und Koalitionen, wie wir sie aus Europa kennen.

Beleidigungen konzentriert hat, sind die USA mittlerweile ein warnendes Beispiel für den **Niedergang der Demokratie**.

Es war klar, dass Trump einen Wahlsieg von Kamala Harris nicht akzeptieren würde. Die in diesem Fall zu erwartenden bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen bleiben jetzt hoffentlich aus. An der tiefgreifenden Spaltung des Landes ändert das aber nichts.

Außenpolitisch, militärisch und wirtschaftlich werden sich die USA unter Trump weiter isolieren. Europa und insbesondere Deutschland sind darauf nicht ausreichend vorbereitet. Wir müssen lernen, **unsere eigenen Interessen** klar zu erkennen, zu postulieren und konsequent durchzusetzen.⁷⁹

Das gilt z.B. für den Klimaschutz, der ohne das Engagement der USA in der jetzigen Form reine Zeit- und Geldverschwendung ist. Die EU muss das Dogma der Klimaneutralität aufgeben und sich auf Maßnahmen konzentrieren, die lokal und effizient die Auswirkungen der Klimaerwärmung abfedern (siehe meine Effizienzbetrachtungen zum Klimaschutz sowie die Nachlese dazu). Anderenfalls müsste Deutschland dies für sich auch gegen die EU durchsetzen. – Das aber erscheint auf absehbare Zeit illusorisch.

Kommentar vom 15.11.2024:

Ein Friedensplan für die Ukraine

Der Westen hat im Ukraine-Krieg einen entscheidenden Fehler begangen: Als Reaktion auf den Einmarsch der Russen hätte der Westen der Ukraine alle verfügbaren Waffen **sofort und uneingeschränkt** zur Verfügung stellen müssen. Nur mit einer solchen Machtdemonstration hätte der Krieg schnell beendet werden können.⁸⁰ Das Zögern und Zaudern des Westens – und hier ist besonders Bundeskanzler Olaf Scholz zu nennen – hat zum jetzigen Abnutzungskrieg geführt, bei dem Russland den längeren Atem besitzt.

Jetzt kann die Ukraine den Krieg nicht mehr gewinnen. Selbst wenn sie die besetzten Gebiete zurückeroberte, wäre das nur noch verbranntes Land. Dass Russland Reparationen für den Wiederaufbau zahlt, ist illusorisch. Die Kosten für den Wiederaufbau müsste zum größten Teil der Westen tragen, mit einem großen Anteil Deutschlands. Und es bestände immer die Gefahr eines erneuten Angriffs Russlands.

Deshalb muss ein Friedensvertrag geschlossen werden. In dem würden Russland große Teile der besetzten Gebiete zugesprochen. Diese Gebiete müssten allerdings demilitarisiert werden, auch die Krim. Die UN müsste die Demilitarisierung regelmäßig überprüfen.

⁷⁹ Chefredakteur Eric Gujer schreibt in seinem Kommentar in der [NZZ vom 01.11.2024](#): „Trump ist das Symptom epochaler Veränderungen: Auf die Ära der Freiheit folgt die Ära des Dschungels mit dem Recht des Stärkeren.“

⁸⁰ Siehe auch meinen Kommentar [„Über den Krieg“](#) vom 01.03.2023.

Die Ukraine müsste weitreichende Sicherheitsgarantien der NATO erhalten. Russland muss klar sein, dass ein Angriff auf die (Rest-)Ukraine zum sofortigen Einsatz der NATO auf dem Gebiet der Ukraine führt, auch in der demilitarisierten Zone, wenn diese als Aufmarschgebiet genutzt wird. Natürlich müsste Russland dann auch Sicherheitsgarantien für die demilitarisierte Zone erhalten.

Kommentar vom 21.11.2024:

„Lügenpresse“?!

Als der Begriff „Lügenpresse“ aufkam, das war zu Zeiten von ‚PEGIDA‘, hielt ich ihn für übertrieben und sachlich falsch, denn mir waren keine Lügen bekannt, die von der Presse oder Funk und Fernsehen wissentlich als Wahrheiten verbreitet wurden, und ich verstand die pauschale Kritik an den Mainstream-Medien (noch) nicht.

Dann landete ich beim *Zappen* zufällig bei einer Nachrichtensendung des österreichischen Senders ‚Servus TV Deutschland‘, in der von Krawallen in einer deutschen Großstadt, ich glaube Berlin oder Hamburg, berichtet wurde, bei denen von sog. „Autonomen“ zahlreiche Autos in Brand gesteckt worden waren. Ich hatte am selben Tag schon mehrere Nachrichtensendungen bei den Öffentlich-Rechtlichen und bei RTL bzw. n-tv gesehen. In keiner wurden diese Krawalle und angezündeten Autos erwähnt.

Die Manipulation durch die Mainstream-Medien erfolgte also nicht durch Lügen, die man als solche entlarven könnte, sondern subtiler durch das **Weglassen von Meldungen**, die deren links-grüner Ideologie widersprachen. Und das ist bis heute eher noch schlimmer geworden. Ein Beispiel dafür ist die gewaltsame Besetzung der „Freien Universität“ Berlin durch pro-palästinensische Extremisten am 17.10.2024, die von den deutschen Mainstream-Medien verschwiegen wurde.⁸¹ Sehr beliebt ist auch das Verschweigen des Migrationshintergrundes von Straftätern.

Allerdings ist es mittlerweile so, dass die Mainstream-Medien auch falsche bzw. nicht bewiesene Informationen unkritisch verbreiten, wenn sie in das links-grüne Narrativ passen. Ein Beispiel ist die bis heute unbewiesene „Räuberpistole“ über angebliche „Deportationspläne“ gegen deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund auf einem „Geheimtreffen“ in Potsdam.

Die Kritik an den Mainstream-Medien ist also mehr als berechtigt.⁸² Das Wort „Lügenpresse“ trifft es zwar nicht punktgenau, ist aber als Schlagwort durchaus gerechtfertigt – „Tatsachen-Verschweiger-und-Verdreher-Medien“ wäre zwar treffender, ist aber einfach zu klobig.

⁸¹ Siehe [NZZ vom 18.10.2024](#): ‚«Tiefpunkt an Antisemitismus»: Vermummte Israel-Feinde überfallen die Freie Universität Berlin und attackieren Mitarbeiter‘ und den Kommentar hierzu von Susanne Gaschke: [Überfall auf die FU Berlin: Extremisten drücken deutschen Hochschulen ihren Stempel auf](#)‘.

Der Wandel von der Leistungsgesellschaft zur Moralgesellschaft

Es scheint den Menschen angeboren zu sein, sich mit anderen vergleichen zu wollen, und natürlich möchte man selbst im Vergleich besser dastehen oder zumindest nicht schlechter als andere. Dies ist eine wichtige Antriebskraft in einer Gesellschaft, wobei in verschiedenen Gesellschaften unterschiedliche Vergleichskriterien im Vordergrund stehen. In einer Leistungsgesellschaft ist dies die Leistung bezogen auf Wertschöpfung und Wohlstand.

Nun ist in der westlichen Welt seit vielen Jahren eine Verschiebung der Vergleichskriterien hin zu moralischen Kriterien zu beobachten. Der links-grün-woke Zeitgeist bestimmt die neuen Kriterien: Gleichheit, Ökologie, Diversität. Und die Generation Z setzt sich selbst neue Ziele wie eine ausgewogene *Work-Life-Balance*.

Gleichzeitig beobachtet man ein Phänomen, das als ***Rent Seeking Society***⁸³ bezeichnet wird. Dabei geht es nicht nur um Rente und Bürgergeld, sondern um alle, die vom Staat leben, und das werden immer mehr. Man sieht das beim BIP an der hohen Staatsquote sowie am großen Zulauf bei den Geistes- und Sozialwissenschaften zu Lasten von Naturwissenschaften und Technik, d.h. im Arbeitsleben hin zu direkt oder indirekt staatsfinanzierten Tätigkeiten statt zu wertschöpfenden Tätigkeiten in der Wirtschaft.

Beides steht in einem engen Zusammenhang: Um nicht als **Haufen Nichtsnutze** dazustehen, braucht die *Rent Seeking Society* neue Wertmaßstäbe: Es zählt die moralische Haltung und nicht mehr die Wertschöpfung. – Dass das zum finanziellen Kollaps der Gesellschaft führen muss, ist offensichtlich.

Ebenso offensichtlich ist, dass eine Moralisierung der Gesellschaft Intoleranz fördert und Verständigung verhindert – und damit Pluralismus und Demokratie gefährdet.⁸⁴ Beispiele für moralisierende Ideologien, die die Gesellschaft spalten, sind Genderismus, Wokeismus und Postkolonialismus.

⁸² Siehe auch den Kommentar ‚[Gewalt von Migranten wird ausgeblendet, und alles Böse kommt von rechts – wie Journalisten und Wissenschaftler die eigene Glaubwürdigkeit untergraben](#)‘ aus der [NZZ vom 14.11.2024](#), in dem auch auf die Rolle der „Wissenschaften“ in diesem Zusammenhang eingegangen wird.

⁸³ Definition: Unter *Rent Seeking* versteht man das Bestreben, ein Einkommen zu erzielen, dem keine entsprechende produktive Leistungsabgabe gegenübersteht und das zu Lasten der Allgemeinheit geht. – Ich würde in diese Definition auch Pseudoleistungen innerhalb der Moralgesellschaft aufnehmen, wie sie z.B. von Genderforschern und Gleichstellungsbeauftragten erbracht werden.

⁸⁴ Siehe auch die Gastkommentare ‚[Moralisierung gefährdet die Demokratie](#)‘ aus der [NZZ vom 11.10.2024](#) und ‚[Die westliche Wert- und Weltordnung erodiert](#)‘ aus der [NZZ vom 15.10.2024](#).

Kommentar vom 07.12.2024:

Selbstverwirklichung im Beruf

Das war schon vor der Generation Z (kurz: GenZ) durchaus problematisch. Ich kann mich an einen Mitarbeiter erinnern, einen Berufsanfänger in der Software-Entwicklung, der eine Reihe ähnlicher Module zu programmieren hatte. Dabei hat er für jedes Modul einen anderen Lösungsansatz verwendet, anstatt einen einmal verifizierten Lösungsansatz auch für die weiteren Module zu verwenden und nur abzuwandeln. Für ihn war so die Arbeit natürlich interessanter, aber für die Firma war das ein „Schuss in den Ofen“, denn der Mitarbeiter hat dadurch viel mehr Zeit gebraucht und die Software war so viel schwerer zu warten.

Ich habe dem Mitarbeiter erst einmal erklären müssen, dass die Firma ihren Gewinn aus dem Wiederholungseffekt generiert, durch den die benötigte Zeit von Modul zu Modul abnimmt. Derartiges unternehmerisches Denken war dem Mitarbeiter anscheinend fremd, aber er hat es wenigstens eingesehen und sich danach gerichtet. Bei der GenZ sieht es anders aus. Der Mitarbeiter würde wahrscheinlich gleich beleidigt kündigen und zu einem Arbeitgeber wechseln, bei dem er glaubt, sich besser selbst verwirklichen zu können. Aber die Gesetze der Wirtschaft kann auch die GenZ nicht ändern. **Mitarbeiter, denen der wirtschaftliche Erfolg ihres Arbeitgebers egal ist, kann kein Unternehmen gebrauchen.**

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Aussagen von Nicolai Tangen, dem Geschäftsführer des ca. 1,5 Billionen Euro schweren norwegischen Staatsfonds, dessen Investitionsschwerpunkt in den USA liegt:

„Wir sind nicht sehr ehrgeizig. Ich sollte vorsichtig sein, wenn ich von Work-Life-Balance spreche, aber die Amerikaner arbeiten einfach härter.“

Amerikaner arbeiten pro Jahr durchschnittlich ca. 1.810 Stunden, Deutsche nur ca. 1.340 Stunden.⁸⁵

Kommentar vom 14.12.2024:

Meine Unwörter des Jahres, Teil 1

Für mich sind die nachfolgenden Wörter, die 2024 in aller Munde waren, die Unwörter des Jahres. – Ich kann sie einfach nicht mehr hören. – Hier Platz 6 bis 4:

⁸⁵ Siehe Business Insider vom 25.04.2024: [„Amerikaner arbeiten einfach härter“ als Europäer, sagt der Chef des norwegischen Staatsfonds.](#)

Ähnliches gilt für Asien, wie ein Vergleich der Produktivität der Mitarbeiter von VW und Toyota zeigt. Volkswagen: 13,5 Autos pro Mitarbeiter und Jahr. Toyota: 27,5 Autos pro Mitarbeiter und Jahr. Das bedeutet, dass Toyota im Vergleich zu Volkswagen mehr als doppelt so viele Autos pro Mitarbeiter produziert.

Siehe auch meinen Kommentar [„Work-Life-Balance – Welches Leben?!“](#) vom 23.08.2023.

Platz 6: „emotional“

Täglich hört man Sätze wie: „Das war sehr emotional.“ – Das sagt herzlich wenig aus. Dabei hat die deutsche Sprache so viele Adjektive, mit denen man emotionale Momente differenziert beschreiben kann: Froh, traurig, ergreifend, rührend, erschütternd u.v.m. – Diese sollte man nutzen, um dem Trend zur Oberflächlichkeit, der wohl aus den USA stammt, aber auch in Deutschland um sich greift, nicht zu verfallen.

Platz 5: „Klimaschutz“

Klimaschutz ist ein Dauerthema, das wie ein Trommelfeuer auf die Menschen einprasselt. Viele große Fernsehsender haben tägliche Klimasendungen. Dabei geht es fast ausschließlich um den Schutz **des Klimas**, d.h. um die Einhaltung des 1,5°C-Zieles, und was der Einzelne dafür tun kann, wobei angeblich jedes Kilogramm CO₂ zählt, koste es, was es wolle. Das kommt einer Gehirnwäsche gleich und ist im globalen Kontext natürlich nicht zielführend. Viel drängender ist stattdessen der Schutz **vor den Folgen** des Klimawandels, der sträflich vernachlässigt wird.⁸⁶

Platz 4: „Brandmauer“

Die „Brandmauer“ der sich laufend selbst als demokratisch bezeichnenden Parteien gegenüber der AfD hat viel Schaden angerichtet. Durch diese Ausgrenzung einer demokratisch gewählten Partei und ihrer Wähler ist die AfD erst so stark und so radikal geworden, wie sie heute ist. Außerdem verhindert die „Brandmauer“ den dringend notwendigen Richtungswechsel in der deutschen Politik, weil die CDU/CSU nur mit SPD und/oder Grünen regieren kann, die so ideologisch verbohrt sind, dass sie trotz ihres grandiosen Scheiterns kein Umdenken zeigen.⁸⁷

Kommentar vom 22.12.2024:

Meine Unwörter des Jahres, Teil 2

Für mich sind die nachfolgenden Wörter, die 2024 in aller Munde waren, die Unwörter des Jahres. – Ich kann sie einfach nicht mehr hören. – Hier Platz 3 bis 1:

Platz 3: „Asyl“

Menschen, die illegal nach Deutschland gekommen sind und hier einen Asylantrag stellen, werden als „Asylbewerber“ oder „Asylsuchende“ bezeichnet. Das ist insofern irreführend, als der Anspruch auf Asyl in Art. 16a GG klar definiert ist. Tatsächlich haben nur ca. 0,7% der „Asylsuchenden“ Anspruch auf Asyl im Sinne des Grundgesetzes. Durch die Verwendung des Begriffs „Asylbewerber“ oder „Asylsuchende“ wird vorsätzlich der falsche Eindruck erweckt,

⁸⁶ Siehe auch meine Kommentare ‚Effizienzbetrachtungen zum Klimaschutz‘ vom 25.02.2024, ‚Klimaschutz, die neue Religion‘ vom 02.04.2024 und ‚Die gefährliche Naivität der Grünen‘ vom 20.07.2024, sowie meine [Gedanken zur Klimakrise](#) und meine Zusammenfassung zu den [Ursachen der Erderwärmung](#).

⁸⁷ Siehe auch meinen Kommentar ‚Die „Brandmauer“ hat endgültig versagt‘ vom 10.06.2024.

dass illegale Einwanderer durch das Grundgesetz geschützt seien. Hierbei wird die Naivität der „Gutmenschen“ ausgenutzt.⁸⁸

Platz 2: „Diversität“

Hinter dem Wunsch nach „Diversität“ steckt der Selbsthass der westlichen Wohlstandsgesellschaft: Alle, die anders sind, sind angeblich bessere Menschen. „Diversität“ ist ein Marketing-Schlagwort, auf das immer noch viele „Gutmenschen“ hereinfallen. Darüber hinaus ist „Diversität“ auch ein Geschäftsmodell. Heere von Genderforschern, Gleichstellungsbeauftragten etc. leben davon. Sie kosten aber nur Geld, schaffen keinen Mehrwert und sähen Unfrieden in der Gesellschaft.⁸⁹

Platz 1: „Nachhaltigkeit“

Das Attribut „nachhaltig“, ursprünglich aus der Forstwirtschaft stammend, ist zu einer reinen Marketing-Floskel verkommen. Heute wird fast alles als nachhaltig beworben. Oft handelt es sich dabei um Produkte mit einem besonders schlechten Preis/Leistungs-Verhältnis. Deshalb kann ich eine gewisse Schadenfreude nicht leugnen, wenn „Gutmenschen“ so über's Ohr gehauen werden, aber leider merken es die meisten gar nicht und fühlen sich sogar noch moralisch überlegen.⁹⁰

⁸⁸ Siehe auch meine Kommentare ‚Notwendige Maßnahmen gegen die illegale Migration‘ vom 25.03.2024 und ‚„Gutmenschentum“ führt zur Zunahme von Gewalt‘ vom 26.08.2024, sowie den Artikel [‚Sie reden viel und handeln wenig: Besonders rot-grüne Politiker bremsen eine neue Migrationspolitik‘](#) aus der [NZZ vom 25.09.2023](#).

⁸⁹ Siehe auch meine Kommentare ‚Gleichberechtigung – Gleichstellung – Gleichheit‘ vom 03.01.2024 und ‚Wann ist Diversität ein Vorteil und wann nicht?‘ vom 18.08.2024, sowie zum Stichwort „Diversity-Marketing“ auch meinen Kommentar [‚Verstärkt die Woke-Ideologie Rassismus und Intoleranz?‘](#) vom 28.06.2023.

⁹⁰ Siehe auch meinen Kommentar ‚Der Wandel von der Leistungsgesellschaft zur Moralgesellschaft‘ vom 29.11.2024.

Nachlese

Zu einigen Kommentaren haben sich zwischenzeitlich neue Aspekte ergeben. Diese werden hier gewürdigt. Die letzten Änderungen sind durch eine Randmarkierung gekennzeichnet.

Zu **„Gender-Sprache als Tumor-Marker der Gesellschaft“** vom 17.01.2024:

Mit Beschluss vom 19.03.2024 ist in Bayern die Anwendung von Gender-Sprache in Schulen, Hochschulen und Behörden ausdrücklich untersagt.⁹¹ Dazu wird klargestellt, dass eine „ideologisch geprägte Sprache, wie sie beim Gendern zum Einsatz kommt, ... eine exkludierende Wirkung“ hat und dass „viele missionarische Nutzer die Sprache auf eine Weise verwenden, die nicht mit einer offenen Gesellschaft vereinbar ist.“ Der Deutsche Lehrerverband hat das Verbot begrüßt.⁹²

Eine liberale Gesellschaft benötigt eine ideologiefreie Sprache. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass auch alle anderen Bundesländer eine so klare Regelung beschließen.⁹³ Was allerdings noch fehlt, auch in Bayern, ist der Durchgriff auf die öffentlich-rechtlichen Medien.

Auswertungen des [Zensus 2022](#) zeigen, dass sich in Deutschland nur gut 2200 Menschen weder als Mann noch als Frau sehen, das sind nur 0,0027% der Gesamtbevölkerung. Das belegt, wie absurd es ist, diese Gruppe „sichtbar“ machen und dafür die deutsche Rechtschreibung und Grammatik verunstalten zu wollen. Ganz offensichtlich geht es hierbei nicht um diese verschwindend kleine Minderheit, sondern um den Versuch einer Umerziehung der gesamten Bevölkerung im Sinne der Gender-Ideologie.

Zu **„Das Hufeisenmodell“** vom 24.01.2024:

Friedrich Merz hat sich dahingehend geäußert, dass er sich eine Koalition der CDU mit jeder einzelnen der drei Ampel-Parteien vorstellen kann, auch mit den Grünen.⁹⁴ Für eine Koalition allein mit der FDP wird es aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht reichen. Damit hat Merz die CDU für alle, die sich eine fundamentale Abkehr von der links-grünen Ampel-Politik wünschen, praktisch unwählbar gemacht. Als echte Alternativen für diese Wählergruppe bleiben damit nur die AfD und die Wagenknecht-Partei übrig. Eine Zusammenarbeit der CDU mit der AfD hat Merz aber kategorisch ausgeschlossen.

⁹¹ Leider bezieht sich dies nur auf Gender-Sonderzeichen (z.B. „Autofahrer:innen“), aber nicht auf die lästigen Doppelnennungen (z.B. „Autofahrer und Autofahrerinnen“) und die oft sachlich falschen substantivierten Partizipien (z.B. „verstorbene Autofahrende“ = autofahrende Zombies? und [viele weitere Beispiele](#)). Siehe auch meine [Gedanken zum Verfall der deutschen Sprache](#).

⁹² Siehe z.B. den Artikel vom 19.03.2024 [„Bayern verbietet Gendersprache in Schulen, Hochschulen und Behörden – Lehrer reagieren positiv“](#) auf [Merkur.de](#).

⁹³ Wie dringend das nötig ist, zeigt der Erfahrungsbericht einer Studentin aus [FOCUS online vom 03.04.2024: Ich bin konservativ und will nicht gendern – prompt bin ich die „Nazi-Schlampe“](#).

⁹⁴ Siehe z.B. den Artikel [„Für Merz ist auch Schwarz-Grün eine Koalitionsoption“](#) aus der [Welt vom 04.02.2024](#).

Statt nach rechts orientiert sich die CDU wieder mehr nach links. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther wirbt für mehr Offenheit seiner Partei für Kooperationen auch mit der Linkspartei. Auf Bundesebene empfahl Günther zudem eine Koalition von CDU und Grünen nach der nächsten Bundestagswahl, sollte das Wahlergebnis dies zulassen.⁹⁵

Günther konterkariert damit alle Versuche der CDU, ihr konservatives Profil zu schärfen. Sich an die im Untergang befindliche Linkspartei zu hängen, ist **politischer Selbstmord**. Und wenn die CDU sich auf Bundesebene zum Mehrheitsbeschaffer für unpopuläre grüne Gesetze macht, wird es ihr gehen wie der FDP.

Sollte die CDU tatsächlich der Linkspartei näher stehen als der AfD, wie Günther behauptet, so wäre dies einerseits die eigene Schuld der CDU, die der AfD und Rechtsextremisten wie Höcke alle Positionen des rechten Spektrums, auch die rechtsliberalen, überlassen hat, und andererseits ein Armutszeugnis, mit dem sich die CDU als konservative Partei selbst disqualifiziert.⁹⁶

Zu ‚**Die Inkompetenz der Politiker gefährdet die Demokratie**‘ vom 31.01.2024:

Weil die Ampel-Regierung nicht in der Lage ist, echte Probleme zu lösen, versucht sie wenigstens bei einigen Pseudo-Problemen einen „Erfolg“ vorzuweisen. Aber wie immer sind die Gesetze der Ampel-Regierung schlecht gemacht und nicht zu Ende gedacht. – Zwei Beispiele:

Cannabis-Legalisierung: Abgesehen von den gesundheitlichen Bedenken und der Frage der Kontrolle der hochkomplizierten Regeln, die die Regierung ignoriert hat, beginnt erst nach der Freigabe die Diskussion, welcher Grenzwert im Straßenverkehr zulässig sein soll. Der bisher geltende niedrige Wert scheint mit dem legalen Konsum nicht vereinbar zu sein. Außerdem wurden Anbau und Konsum gleichzeitig freigegeben. Bis legal angebautes Cannabis zur Verfügung steht, gibt es erst einmal einen Boom bei den kriminellen Drogen-Dealern.⁹⁷ Darüber hinaus stellt die rückwirkende Amnestie für bisherige Cannabis-Delikte eine enorme Belastung für die Justiz dar.⁹⁸

Selbstbestimmungsgesetz:⁹⁹ Abgesehen von den medizinischen und psychologischen Bedenken, die die Regierung ignoriert hat, ist völlig unklar, wie im Einzelnen mit Männern zu verfahren ist, die sich selbst zur Frau deklariert haben, z.B. in Frauensauen und Frauenhäusern. Die Betreiber werden vom Gesetzgeber allein gelassen. Ebenso stellt sich die Frage z.B. bei Gefängnisinsassen. Und immer stellt sich die Frage der Haftung.¹⁰⁰

⁹⁵ Siehe z.B. die AFP-Mitteilung ‚[Günther für Öffnung der CDU zur Linken und Koalition mit Grünen](#)‘ vom 03.05.2024.

⁹⁶ Siehe auch den Kommentar ‚[Die deutsche Politik steckt in der Vertrauenskrise. Schuld daran ist der schwarz-rot-grüne Einheitsbrei](#)‘ aus der [NZZ](#) vom 21.06.2024.

⁹⁷ Siehe z.B. den Artikel ‚[Trotz aller Warnungen hat die deutsche Regierung Cannabis auf die Schnelle legalisiert. Nun bewahrheiten sich die schlimmsten Befürchtungen](#)‘ aus der [NZZ](#) vom 19.08.2024.

⁹⁸ Siehe z.B. ‚ZDF heute‘ vom 05.04.2024: ‚[Cannabis-Gesetz: Warum die Justiz ächzt](#)‘

⁹⁹ Siehe meine Kommentare ‚[„Selbstbestimmungsgesetz“ – Gefühl wird Gesetz](#)‘ vom 19.07.2023 und ‚[Ist Geschlechtsdysphorie eine Fehlprägung?](#)‘ vom 26.07.2023.

Jedes Ampel-Gesetz schafft bei Weitem mehr neue Probleme, als es löst, z.B. auch die Kindergrundsicherung, die ein wahres Bürokratiemonster ist, für das ca. 5.000 neue Stellen erforderlich sind.

Wenn sich der Bundeswirtschaftsminister darüber freut, dass die CO₂-Emissionen zurückgehen, obwohl dies hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass die Ampel-Regierung mit ihrer Unberechenbarkeit und ihren wirtschaftsfeindlichen Gesetzen das deutsche Wirtschaftswachstum zu Stillstand gebracht hat,¹⁰¹ belegt dies nur die Inkompetenz von Minister Habeck. Die Konsequenz ist nun, dass Steuereinnahmen fehlen, die z.B. für die Befähigung der Bundeswehr dringend benötigt werden.

Dass eine Politik, die auf Ideologie statt auf Vernunft basiert, nicht nur den Wohlstand und die Sicherheit Deutschlands gefährdet, sondern auch die Gesundheit der Menschen, belegt eine aktuelle Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) und des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung:

Die durchschnittliche Lebenserwartung der älteren Bevölkerung in Deutschland ist im westeuropäischen Vergleich weiter gesunken. Während Menschen der Altersgruppe ab 65 Jahren hierzulande im Jahr 2000 im Schnitt 0,7 Jahre weniger lebten als Gleichaltrige im restlichen Westeuropa, hat sich diese Sterblichkeitslücke inzwischen auf 1,7 Jahre vergrößert.¹⁰²

Im Zusammenhang mit dem Gefangenenaustausch zwischen Russland und dem Westen am 01.08.2024 haben Recherchen des *Wall Street Journal*¹⁰³ ergeben, dass der Austausch schon 2022 hätte stattfinden sollen und dass dabei Alexei Nawalny im Austausch gegen den „Tiergartenmörder“ hätte freikommen sollen. Außenministerin Annalena Baerbock soll sich aber geweigert haben den russischen Auftragsmörder auszutauschen, da dessen Opfer in Deutschland Asyl genoss und Baerbock das Vertrauen der Asylanten in ihre Sicherheit in Deutschland nicht gefährden wollte. Nawalny starb im Februar 2024 unter ungeklärten Umständen in einem russischen Straflager. Damit ist **Baerbock mitschuldig am Tod Nawalnys** und muss zurücktreten, wenn sie noch einen letzten Rest von Anstand besitzt.

Dass Baerbock die Interessen von Asylanten auch wichtiger sind als die Sicherheit in Deutschland, zeigt sich beim sog. Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan, bei dem Afghanen trotz ungültiger Pässe Visa erhalten haben. Baerbock hat sich persönlich gegen zusätzliche Sicherheitsinterviews gewehrt und ist damit selbst ein Sicherheitsrisiko für Deutschland – ein weiterer Grund für ihren Rücktritt.¹⁰⁴

¹⁰⁰ Siehe auch den Kommentar ‚[Von wegen tolerant: Das neue deutsche Selbstbestimmungsgesetz ist ein Angriff auf die Lebensrealität der Mehrheit](#)‘ aus der *NZZ* vom 12.04.2024.

¹⁰¹ Siehe auch den Kommentar ‚[Deutschland arbeitet an seiner Abschaffung als Wirtschaftsnation](#)‘ aus der *NZZ* vom 26.08.2024 sowie das [Interview mit dem ehemaligen Präsidenten des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung Hans-Werner Sinn](#) aus der *NZZ* vom 03.09.2024.

¹⁰² Siehe z.B. [Zeit online vom 22.05.2024](#).

¹⁰³ Siehe den Artikel ‚[Nach dem Gefangenenaustausch wirft die Rolle der deutschen Aussenministerin Fragen auf](#)‘ aus der *NZZ* vom 02.08.2024.

Zu ‚Der „Kampf gegen rechts“ schwächt die Demokratie‘ vom 07.02.2024:

Die zurzeit gefährlichsten Feinde der deutschen Demokratie sitzen in der Ampel-Regierung:

Nancy Faeser (SPD), „Staatssicherheitsministerin“ alias Innenministerin: Sie will mit einem „[Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus](#)“ Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt und weitere Behörden einsetzen, um auch legale rechte Positionen zu bekämpfen, sofern diese ein „Gefährdungspotential“ besitzen.¹⁰⁵

Lisa Paus (Grüne), „Propagandaministerin“ alias Familienministerin: Sie will mit dem „Demokratieförderungsgesetz“ gezielt Organisationen unterstützen, die sich gegen „Rechtsextremismus“ einsetzen.¹⁰⁶ Dass diese Organisationen legale rechte Positionen respektieren, ist nicht zu erwarten.

Wer die Mittel des Rechtsstaates für den eigenen Machterhalt und gegen seine politischen Gegner einsetzen will, **delegitimiert den Rechtsstaat**, tut also genau das, was „den Rechten“ vorgeworfen wird. Und mit den über 200 Mio. Euro jährlich, die für die „Demokratieförderung“ vorgesehen sind, könnte man die Demokratieverdrossenheit in Deutschland sicher besser bekämpfen, indem man sie gegen die illegale Migration einsetzt, als sie linken Organisationen in den Rachen zu werfen, die sich dafür nicht einmal zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssen.

Dazu sagte **Wolfgang Kubicki** (FDP) der Bild-Zeitung (18.03.2024): „Mit der Delegitimierung staatlicher Institutionen kann Kritik am Handeln staatlicher Akteure nahezu beliebig in die Nähe der Staatsgefährdung geschoben werden. In der DDR gab es den Straftatbestand der staatsfeindlichen Hetze. Die Innenministerin scheint sich offenbar nicht daran zu stören, dass sie in diese autoritäre Denkweise verfällt.“ Kubicki sagte, aus dem „Kampf gegen ‚Rechts‘“ scheint ein Kampf gegen das Recht zu werden. Ich hätte mir nie träumen lassen, dass eine sozialdemokratische Innenministerin selbst zu einer Gefahr für die Demokratie wird.“ Er könne nur sagen: „Nicht mit mir, Frau Faeser.“

Mittlerweile hat sich auch herausgestellt, dass der „Kampf gegen rechts“ nicht von der breiten Mehrheit der Gesellschaft getragen wird, sondern von einer links-grünen Minder-

¹⁰⁴ Siehe den Kommentar ‚[Visa-Affäre: Annalena Baerbocks Ministerium ist ausser Kontrolle geraten](#)‘ aus der [NZZ vom 07.08.2024](#). Ein Skandal ist auch, dass man über diese Vorgänge aus den deutschen Medien nichts erfährt.

¹⁰⁵ Siehe auch den Kommentar ‚[Nancy Faeser und die neue deutsche Herrschaft des Verdachts](#)‘ aus der [NZZ vom 15.02.2024](#) sowie den Artikel ‚[Wann gerät ein deutscher Bürger ins Visier des Verfassungsschutzes? – Die Antwort darauf ist beunruhigend vage](#)‘ aus der [NZZ vom 23.02.2024](#). Nun wurde einem der GSG9-„Helden von Mogadishu“ die Waffenbesitzkarte entzogen, nur weil er AfD-Mitglied ist, siehe den Kommentar ‚[Waffe weg wegen AfD-Mitgliedschaft? Ein solcher Generalverdacht ist eines Rechtsstaates unwürdig](#)‘ aus der [NZZ vom 04.07.2024](#).

¹⁰⁶ Siehe z.B. den Artikel ‚[Viel Geld für viele linke Organisationen: Streit um das sogenannte Demokratieförderungsgesetz](#)‘ aus der [NZZ vom 17.03.2023](#).

heit, und dass der Auslöser, angebliche „Deportationspläne“ gegen deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund auf einem „Geheimtreffen“ in Potsdam, nicht bewiesen ist.¹⁰⁷

Der Angriff gegen den Plakate klebenden SPD-Politiker Ecke in Dresden kommt Innenministerin Faeser gerade recht, sie beklagt „eine neue Dimension antidemokratischer Gewalt“, wobei sie ausschließlich Rechtsextremisten im Blick hat.¹⁰⁸ Dass es in vielen Städten „Kieze“ gibt, in denen die AfD überhaupt nicht plakatieren kann, weil ein linksradikaler bzw. radikal-islamischer Mob die Straßen beherrscht und die Polizei längst die Kontrolle verloren hat, ist ihr offensichtlich egal, wenn sie sich nicht sogar klammheimlich darüber freut.¹⁰⁹

Die gewalttätigen Demonstrationen und Blockaden gegen den gesetzlich vorgeschriebenen Parteitag der AfD in Essen, bei denen mindestens 28 Polizisten verletzt wurden, einer davon schwer, wurden durch den NRW-Ministerpräsidenten Wüst (CDU) als „ein starkes Zeichen für unsere Demokratie“ bezeichnet. Dass die CDU jetzt gemeinsame Sache mit Linksextremisten macht, ist ein Skandal und zeigt, wie sehr der „Kampf gegen rechts“, bei dem es in erster Linie um den Machterhalt der etablierten Parteien geht, unsere Demokratie schon beschädigt hat.¹¹⁰

Elon Musk hat es gewagt, eine Wahlempfehlung für die AfD zu veröffentlichen, und durch alle etablierten Parteien und Mainstream-Medien geht ein Aufschrei der Empörung. Dabei hat Musk nichts anderes getan, als das Recht auf freie Meinungsäußerung nach Art. 5 Abs. 1 GG, das natürlich auch für Ausländer gilt, in Anspruch zu nehmen. Das Argument, dass Musk sich nicht in den deutschen Bundestagswahlkampf einmischen dürfe, klingt genau wie das Standardargument der Diktatoren und Autokraten, die sich die „Einmischung in innere Angelegenheiten“ verbitten. Dabei haben sich dieselben deutschen Politiker und Medien, die sich jetzt wegen Musk echauffieren, z.B. in den US-Präsidentschaftswahlkampf mit offener Kritik an Donald Trump und unverhohlener Sympathie für Kamala Harris eingemischt.¹¹¹ Nicht Musks Meinungsäußerung ist zu verurteilen, sondern die Scheinheiligkeit der Politiker und Medien, die immer dann vorgeben die Demokratie zu schützen, wenn sie in Wirklichkeit nur die freie Meinungsäußerung Andersdenkender nicht tolerieren wollen.

¹⁰⁷ Siehe den Kommentar ‚[Das Märchen von der schweigenden Mehrheit: Die Teilnehmer der deutschen Demos «gegen rechts» sind vor allem grün und links](#)‘ aus der NZZ vom 14.03.2024.

¹⁰⁸ Siehe auch den Kommentar ‚[Hauptsache gegen rechts: Nancy Faeser instrumentalisiert die Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität](#)‘ aus der NZZ vom 22.05.2024.

¹⁰⁹ Die häufigsten Gewaltdelikte richteten sich im Jahr 2023 gegen Vertreter der AfD, es wurden 86 registriert. Außerdem gab es 62 Gewalttaten gegen Grünen-Vertreter. Die Zahlen für andere Parteien lagen deutlich darunter. ([ZDF heute vom 07.05.2024](#))

¹¹⁰ Siehe z.B. den Kommentar ‚[Der gewalttätige Protest gegen den AfD-Parteitag ist kein Anlass zur Freude, sondern ein Armutszeugnis für die deutsche Demokratie](#)‘ aus der NZZ vom 01.07.2024.

¹¹¹ Siehe auch den Kommentar ‚[Deutschlands Politiker und Journalisten hyperventilieren wegen eines Gastbeitrags von Elon Musk – doch Meinungsfreiheit gilt nicht nur für die bequemen Meinungen](#)‘ aus der NZZ vom 30.12.2024.

Zu ‚Effizienzbetrachtungen zum Klimaschutz‘ vom 25.02.2024:

Die Überschwemmungen in Bayern Anfang Juni haben gezeigt, wie wichtig und wie wirksam Hochwasserschutzmaßnahmen sind. Bayern ist hierbei in Deutschland führend, aber die zur Verfügung gestellten Mittel reichen bei Weitem nicht aus. Anders als Scholz und Habeck glauben machen wollen, müssen diese Maßnahmen Vorrang vor den Maßnahmen für die Klimaneutralität haben.

Hubert Aiwanger hat Recht, wenn er sagt: „Es ergibt keinen Sinn, jetzt, überspitzt formuliert, zu sagen, wenn wir weniger oder langsamer Auto fahren würden, hätten wir weniger Hochwasser.“¹¹²

Die Unsinnigkeit der deutschen Klimapolitik zeigt sich einmal mehr in den Kosten von ca. 20 Mrd. € pro Jahr für die Vergütung von Ökostrom, der nicht benötigt wird. Wind- und Solarstrom wurden weit über die nutzbaren Kapazitäten hinaus subventioniert und ausgebaut und Habeck feiert das noch als Erfolg.¹¹³ Was fehlt, sind nicht noch mehr Windräder, sondern genügend Fernleitungen und Anlagen zur Produktion von grünem Wasserstoff und E-Fuels unter Einsatz des überschüssigen Öko-Stroms.

Eine neue Studie von NASA-Wissenschaftlern ([Nature, 30.05.2024](#)) zeigt, dass ein erheblicher Teil der Erderwärmung (zeitweise bis zu 80%) auf die Reduzierung von Aerosolen in der Atmosphäre zurückgeführt werden kann. Dadurch bilden sich weniger Wolken und deshalb nimmt die Sonneneinstrahlung deutlich zu. Der Effekt korreliert mit den entsprechenden (im Prinzip durchaus sinnvollen) Luftreinigungsmaßnahmen.¹¹⁴ Es wundert nicht, dass dieser schon länger vermutete Effekt in die deutsche Klimadebatte nicht einfließt, würde das doch die **Klimapolitik der Grünen**, die ausschließlich auf die Vermeidung von CO₂-Emissionen abzielt, **ad absurdum führen**.

Die Brandkatastrophe von Los Angeles im Januar 2025 zeigt einmal mehr, wie gefährlich grüne Politik ist, die auf Elektroautos setzt statt auf Brandbekämpfung. Kalifornien ist in den USA führend bei der Elektromobilität. Gleichzeitig wurden in Los Angeles die Mittel für die Brandbekämpfung gekürzt. Das Ergebnis ist eine Katastrophe ungekannten Ausmaßes.

Zu ‚Kann Taylor Swift Trump stoppen?‘ vom 18.03.2024:

Sie hat es getan: Taylor Swift hat ihre Unterstützung für Kamala Harris erklärt. Der Zeitpunkt hierfür, direkt nach dem großen TV-Duell zwischen Trump und Harris, war gut gewählt. Donald Trump hat darauf mit der Aussage „I HATE TAYLOR SWIFT“ (Truth Social, 15.09.2024) geantwortet. Das war ein Fehler, denn damit hat er den Zorn der „Swifties“ auf sich gezogen, was ihn den Wahlsieg hätte kosten können.

¹¹² Interview mit Hubert Aiwanger in der [NZZ vom 04.06.2024](#).

¹¹³ Siehe den Artikel ‚[Solarboom reißt riesiges Loch in die deutsche Staatskasse](#)‘ aus der [NZZ vom 07.06.2024](#).

¹¹⁴ Siehe auch meine Zusammenfassung zu den [Ursachen der Erderwärmung](#).

Darüber hinaus hat Trump damit, wie schon beim TV-Duell, gezeigt, dass er sich nicht unter Kontrolle hat und deshalb für den Befehl über Atomstreitkräfte ungeeignet ist.

Zu ‚Notwendige Maßnahmen gegen die illegale Migration‘ vom 25.03.2024:

Die neueste [Statistik zur Kriminalität in Deutschland](#) zeigt eine erschreckende Zunahme der Gewaltkriminalität und des Anteils von Ausländern daran und an den Straftaten insgesamt. Ursachen hierfür sind die unkontrollierte Migration und die völlig unzureichende Abschiebung von Personen ohne Schutzanspruch und insbesondere von ausländischen Straftätern. Das sog. Rückführungsverbesserungsgesetz ändert hieran praktisch nichts.

Auch die immer wieder ins Spiel gebrachte Obergrenze für die Migration ist nicht zielführend. Die illegale Migration muss komplett gestoppt werden, nicht auf eine willkürliche Zahl beschränkt. Auch die massive Überlastung der Kommunen bei der Unterbringung und Integration der Migranten würde beendet, wenn nur die Migranten ins Land kämen, die auch einen Aufenthaltstitel haben.

Der Beschluss des Europaparlaments vom 10.04.2024 zur Verschärfung der gemeinsamen Asylregeln geht in die richtige Richtung, da Asylverfahren an den Außengrenzen der EU sowie beschleunigte Rückführungen ermöglicht werden. Allerdings ist der Personenkreis, auf den diese Regelungen angewendet werden können, noch viel zu klein.

Die Diskussion um Abschiebungen nach Afghanistan hat neuen Zündstoff bekommen, denn Recherchen haben ergeben, dass viele Afghanen, die in Deutschland Asyl beantragt haben, in dem für sie auch so gefährlichen Afghanistan Urlaub machen, wobei sie sich ähnlich wie bei Annalena Baerbocks „Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan“ die mangelnde Bereitschaft der Bundesregierung zu angemessenen Kontrollen zunutze machen.¹¹⁵ Auch Nancy Faeser bringt Asylanten offensichtlich ungerechtfertigtes Vertrauen entgegen und tritt gleichzeitig die Grundrechte von Deutschen mit Füßen, sobald diese im Verdacht stehen, „rechtsextrem“ zu sein.¹¹⁶

Obwohl die Ampel-Parteien das Gegenteil behaupten, wäre es relativ einfach, die illegale Migration nach Deutschland zu stoppen: Grenzkontrollen wie zur EM an allen deutschen Grenzen und alle zurückweisen, die keinen gültigen Aufenthaltstitel für Deutschland haben (nach § 15 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz). Das gilt auch für alle Asylanten, die auf dem Landweg nach Deutschland kommen, denn alle Nachbarländer sind sichere Drittstaaten (s. Artikel 31 der Genfer Flüchtlingskonvention).¹¹⁷ Das würde in der EU einen großen Aufschrei hervorrufen, aber Deutschland muss nur standhaft bleiben, denn Deutschland hat seinen Beitrag be-

¹¹⁵ Siehe den Artikel ‚Viele machen regelmässig Urlaub dort‘: Eine Reportage zeigt, wie gerne afghanische Flüchtlinge ihre Heimat besuchen‘ aus der [NZZ vom 15.08.2024](#).

¹¹⁶ Siehe den Artikel ‚Niederlage für Nancy Faeser: Bundesverwaltungsgericht hebt Verbot des rechtsextremen Magazins «Compact» vorläufig auf‘ aus der [NZZ vom 14.08.2024](#).

¹¹⁷ Das sieht auch der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier so (s. [NZZ vom 09.09.2024](#)).

reits übererfüllt. Da aber nicht einmal der Terroranschlag von Solingen in der Ampel zu einem Umdenken geführt hat, besteht wohl keine Hoffnung, solange die Ampel regiert.¹¹⁸

Zu ‚Klimaschutz, die neue Religion‘ vom 02.04.2024:

Das Dogma, dass Klimaschutz durch CO₂-Reduzierung zu erfolgen hat, ist gefährlich, weil es den Lösungsraum für die Klimakrise und insbesondere für den Umgang mit deren Folgen unnötig einengt. Große Probleme erfordern, dass man groß denkt. Statt die Orte z.B. an der Ahr nach jeder Überschwemmungskatastrophe an der selben Stelle wieder neu aufzubauen, sollte man daran denken, die Orte in engen Tälern aufzugeben und dort eine Reihe von Staudämmen zu errichten.

Damit könnte man (a) Überschwemmungen verhindern, (b) Wasser für Dürren speichern, (c) mit Wasserkraft auch bei Dunkelflaute grünen Strom erzeugen und (d) überschüssigen Wind- und Solarstrom speichern, indem man damit Wasser von einem Stausee in einen höher gelegenen pumpt.

Aber, wie gesagt, das erfordert ein ganz anderes Denken als das der dogmatischen „Öko-Prediger“.

Zu „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“ vom 16.04.2024:

Nachdem ein Journalist des Magazins ‚Cicero‘ die Herausgabe des internen Schriftverkehrs zur Abschaltung der letzten Atomkraftwerke im April 2023 eingeklagt hat, ist klar: Auf dem Höhepunkt der Energiekrise haben die grünen Ministerien für Wirtschaft und Umwelt Warnungen von Fachleuten unterschlagen. Sie drückten den Atomausstieg durch, kostete es, was es wollte.¹¹⁹

Von den Grünen war nichts anderes zu erwarten. Die Frage ist, wie lange die FDP sich noch an der Nase herumführen lassen will.

Das Ende der Ampel-Koalition kam am 06.11.2024 mit der Entlassung Lindners als Finanzminister durch Bundeskanzler Scholz. Zuvor hatte Lindner ein Konzept zu einer Wirtschaftswende weg vom rot-grünen Dirigismus vorgelegt, das von der Wirtschaft begrüßt wurde. Die SPD und die Grünen lehnten Lindners Vorschläge aber kategorisch ab und forderten stattdessen erneut eine Aussetzung der Schuldenbremse, was wiederum Lindner ablehnte. Scholz will mit seiner Minderheitsregierung vor Neuwahlen noch möglichst viele rot-grüne Gesetze durchbringen, was aber völlig illusorisch ist und einmal mehr seine Realitätsverweigerung zeigt.¹²⁰

¹¹⁸ Siehe auch die Kommentare ‚[Ohne eine Wende in der deutschen Migrationspolitik bleiben Messerverbote blasse Kosmetik](#)‘ aus der NZZ vom 13.08.2024 sowie ‚[Die deutsche Regierung hat die Bekämpfung der irregulären Migration nie wirklich ernst genommen](#)‘ aus der NZZ vom 25.08.2024.

¹¹⁹ Siehe z.B. den Kommentar ‚[Jetzt ist bewiesen, dass der deutsche Atomausstieg Ideologie war](#)‘ aus der NZZ vom 25.04.2024.

Die Tatsache, dass die FDP in einem sog. „D-Day“ [Papier](#) den Bruch der Ampel-Koalition minutiös durchgespielt hatte, wird als großer Skandal aufgebauscht. Dabei hatten alle beteiligten Parteien mögliche Szenarien des Ampel-Aus vorab analysiert. Da das Ampel-Aus schon lange im Raum stand, ist daran auch nichts Verwerfliches. So hatte auch Olaf Scholz seine Rede zur Entlassung Lindners schon vorab vorbereitet.

Nun wird der FDP der martialische Ton des „D-Day“ Papiers vorgeworfen, insbesondere die Benennung nach der Landung der Alliierten in der Normandie 1944. Das war allerdings ein interner Begriff, da das Papier nicht für die Öffentlichkeit gedacht war. Er zeigt aber, wie sehr die FDP unter der Ampel gelitten und auf die „Befreiung“ gewartet hat.¹²¹

Zu **„Strafmündigkeit ab 14 und Wahlrecht ab 16?“** vom 30.04.2024:

Die Europawahl vom 09.06.2024 hat gezeigt, dass bei den jüngsten Wählern die AfD erstaunlich beliebt ist,¹²² ebenso diverse Kleinparteien, während die Grünen weit weniger beliebt sind. Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Ampel-Parteien jetzt von ihrem Vorschlag des Wahlrechts ab 16 bei der Bundestagswahl Abstand nähmen.

Zu **„Über die Diskriminierung von Frauen in Deutschland“** vom 07.05.2024:

In der gesamten westlichen Welt ist das Narrativ verbreitet, dass Frauen in vielen beruflichen und gesellschaftlichen Positionen unterrepräsentiert sind, weil sie diskriminiert werden. Hierfür gibt es allerdings keinen tragfähigen Beweis. Es gibt ja auch viele Berufe, in denen Frauen überrepräsentiert sind, z.B. im medizinisch-pflegerischen, sozialen und pädagogischen Bereich. Dort spricht ja auch niemand von einer Diskriminierung der Männer. Die natürliche Erklärung dafür ist, dass Männer und Frauen sich unterscheiden, sowohl physisch als auch psychisch, und deshalb für unterschiedliche Berufe unterschiedlich gut geeignet sind.¹²³

Frauenquoten sind **Planwirtschaft** und deshalb in einer Marktwirtschaft ein Fremdkörper. Deshalb ist es kontraproduktiv für eine Bewerbung, wenn Frauen eine angebliche Diskriminierung als Argument vorbringen. Frauen müssen stattdessen ihre individuellen Fähigkeiten herausstellen und welche Vorteile sie dadurch für den Arbeitgeber gegenüber anderen Bewerbern – Männern wie auch anderen Frauen – haben. Das gilt grundsätzlich für alle Bewerbungen: Um Erfolg zu haben, muss man den Nutzen für den, bei dem man sich bewirbt, in den Vordergrund stellen, alles andere ist zweitrangig.¹²⁴

¹²⁰ Siehe auch den Kommentar [„Regierungs-Aus in Deutschland: Olaf Scholz’ schäbiges Spiel“](#) aus der [NZZ vom 08.11.2024](#).

¹²¹ Siehe auch den Kommentar [„Deutschland ist kein liberales Land“](#) aus der [NZZ vom 06.12.2024](#).

¹²² Siehe auch den Kommentar [„Die Jugend ist links? Von wegen!“](#) aus der [NZZ vom 25.04.2024](#).

¹²³ Siehe auch meinen Kommentar [„Gleichberechtigung – Gleichstellung – Gleichheit“](#) vom 03.01.2024.

¹²⁴ Siehe auch meinen Kommentar [„Frauenquoten schaden der Gleichberechtigung“](#) vom 08.03.2023.

Zu „**Leitkultur**“ vs. „**Neidkultur**“ vom 13.05.2024:

Ein besonders dreistes Beispiel dafür, wie linke „Wissenschaftler“ Statistik missbrauchen, um hanebüchenen Unsinn zu verbreiten, findet sich in einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung mit dem Ergebnis „**AfD wählen macht unglücklich**“.

Ganz offensichtlich ist der kausale Zusammenhang genau umgekehrt:

Wer unglücklich und unzufrieden mit seinen Lebensumständen ist, wählt bevorzugt AfD (oder BSW), weil diese am ehesten Änderung versprechen, anders als der **Einheitsbrei der etablierten Parteien**.

Natürlich gibt es auch den Effekt der Verstärkung innerhalb einer Filterblase, der sicher eine Rolle spielt, aber das ist ein sekundärer Effekt, nicht die primäre Ursache.

Der Hammer der Studie ist am Ende die Empfehlung an die etablierten Parteien, sie sollen die Wähler mit positiven Nachrichten einlullen und die negativen Themen unter den Tisch fallen lassen, damit sie nicht AfD wählen. Für wie dumm halten diese „Wissenschaftler“ die Wähler denn?!

Die Gesellschaft kann es sich angesichts der vielen echten Herausforderungen nicht leisten, solche Scharlatane – und davon gibt es sehr viele – mit öffentlichen Mitteln zu alimentieren. Interessanter Fakt in diesem Zusammenhang: Es gibt in Deutschland 173 Lehrstühle für Genderforschung, aber nur noch 8 Lehrstühle für Kernforschung (Stand: Sommersemester 2023). Das beschreibt sehr gut den Niedergang von Wissenschaft und Forschung in Deutschland.

Die anti-israelische Gewalt pro-palästinensischer Extremisten an deutschen Universitäten hat seit dem 7. Oktober 2023 drastisch zugenommen. Sowohl die Universitäten als auch die Politik haben es versäumt, entschieden dagegen vorzugehen. Die Extremisten dominieren mittlerweile die Gremien der universitären Selbstverwaltung und unterdrücken andersdenkende Studenten und Professoren. Siehe den **Kommentar von Susanne Gaschke**.¹²⁵

Zu **„Die „Brandmauer“ hat endgültig versagt“** vom 10.06.2024:

Wenn man sich das **Programm der AfD** einmal wirklich durchliest, findet man nichts von dem rechtsradikalen und völkischen Gedankengut, mit dem die „Brandmauer“-Doktrin begründet wird. Das Programm hebt sich angenehm von dem populistischen Gepolter der AfD-Vertreter bei ihren öffentlichen Auftritten ab. Als Rechtskonservativer kann man sicher 80% dieses Programms getrost unterschreiben. – Beispiele:

Es wird immer betont, die AfD wolle die EU abschaffen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Die AfD lehnt die EU ab und hält sie für nicht reformierbar. Sie strebt aber stattdessen einen „Bund europäischer Nationen“ an, der sich am **Subsidiaritätsprinzip** orientiert und dem ursprünglichen Gedanken der EU-Verträge deutlich mehr entspricht als die heutige Praxis der EU.

¹²⁵ Siehe **NZZ vom 18.10.2024: „Überfall auf die FU Berlin: Extremisten drücken deutschen Hochschulen ihren Stempel auf“** inkl. einiger treffender Leserkommentare.

Auch ist es die AfD, die Artikel 31 der Genfer Flüchtlingskonvention (s. Notwendige Maßnahmen gegen die illegale Migration), das Dublin-Abkommen der EU und § 15 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz (Zurückweisung an der Grenze) durchsetzen will, während die Bundesregierung (schon unter Merkel) diese effektiv außer Kraft gesetzt hat.

Außerdem kann die Einstufung der AfD als „in Teilen gesichert rechtsextremistisch“ durch den Bundesverfassungsschutz angezweifelt werden, denn der Bundesverfassungsschutz untersteht der Innenministerin Nancy Faeser, die dafür bekannt ist, den Verfassungsschutz und andere Behörden für den „Kampf gegen rechts“ zu instrumentalisieren.

Einer Zusammenarbeit mit der AfD auf der Basis der rechtsliberalen bzw. rechtskonservativen 80% des Parteiprogramms steht eigentlich nichts im Wege. Ein Grundprinzip der Demokratie ist, sachbezogene Kompromisse zu finden, statt parteipolitische Gräben aufzureißen. Zurzeit scheint nur die Werteunion von Hans-Georg Maaßen diesem Prinzip zu folgen, siehe das sehr interessante [Interview mit ihm vom 07.08.2024](#).

Der „Brandmauer“-Wahnsinn geht unvermindert weiter. Obwohl Rot-Grün keine Mehrheit im Bundestag mehr hat, bringt die CDU keine eigenen Gesetzentwürfe ein, z.B. zur Kontrolle der Migration, da sie befürchtet, dass denen auch die AfD zustimmen würde. Auch würde sie keinem Antrag der AfD zustimmen, der inhaltsgleich mit dem der CDU wäre. Offensichtlich hat sich die CDU in der „Brandmauer“-Doktrin, die jegliche Gemeinsamkeiten mit der AfD verbietet, so festgefahren, dass sie handlungsunfähig ist. Damit disqualifiziert sich die CDU für die Neuausrichtung der deutschen Politik.¹²⁶

Zu ‚Wie gefährlich sind Fahrerassistenzsysteme?‘ vom 24.06.2024:

Tesla ist nicht nur die Automarke mit der höchsten Unfallrate, sondern ist laut dem aktuellen [TÜV-Report](#) auch die Marke mit der höchsten Mängelquote: Model 3 bis 3 Jahre 14,2%, bis 5 Jahre 19,7%, d.h. jedes fünfte Auto, das nicht älter als 5 Jahre ist, fällt bei der Hauptuntersuchung durch – ein katastrophales Ergebnis. Zum Vergleich: Dieselbe Mängelquote haben bis zu 7 Jahre alte Dacia Sandero.

Zitat: „Elektroautos brauchen weniger Wartung? Stimmt nicht ganz. Das betrifft lediglich den Antriebsstrang, weil keine Flüssigkeiten oder beweglichen Teile ausgetauscht werden müssen. Das Fahrwerk etwa kann von der Elektronik nicht überwacht werden.“

Zu ‚Handybenutzung im Auto verboten, aber Touch-Screens erlaubt‘ vom 30.06.2024:

Wie diffizil die Sachlage sein kann, zeigt folgendes Beispiel: Ein Fahrer war mit seinem Tesla von der Bundesstraße abgekommen und rammte hierbei mehrere Bäume und ein Straßenschild. Der Fahrzeugführer hatte während der Fahrt über Touch-Screen im Auto die Intervallschaltung seiner Scheibenwischer bedient. Die Folge: Er schenkte dem Touch-Screen zu viel

¹²⁶ Siehe [NZZ vom 12.11.2024](#): ‚Aus Angst vor der AfD: Friedrich Merz könnte die Migration sofort begrenzen, aber offenbar traut er sich nicht‘ inkl. einiger Leserkommentare.

Aufmerksamkeit und war dadurch im Straßenverkehr abgelenkt. Nach einem [Urteil des OLG Karlsruhe](#) hat der Fahrer damit gegen den sog. „Handy-Paragraphen“ verstoßen und demnach eine Ordnungswidrigkeit begangen. Für ihn bedeutete das eine Geldbuße in Höhe von 200 Euro und einen Monat Fahrverbot. Zudem werden 2 Punkte in Flensburg eingetragen, die erst nach 5 Jahren getilgt werden.

Das Urteil fiel schon 2020, aber die Automobilindustrie hat den Warnschuss offensichtlich ignoriert.

Zu ‚Die gefährliche Naivität der Grünen‘ vom 20.07.2024:

Dass es in Deutschland (noch) keine Stromrationierungen gibt, liegt nur daran, dass die Nachbarländer eben nicht dem deutschen Beispiel folgen, sondern die ideologische Verbohrtheit der deutschen Energiepolitik als Geschäftsmodell für sich nutzen. Siehe den Artikel [‚Solarboom reißt riesiges Loch in die deutsche Staatskasse‘](#) aus der [NZZ vom 07.06.2024](#) und das [Interview mit dem deutschen Energieökonom Manuel Frondel](#) aus der [NZZ vom 20.07.2023](#) sowie meinen Kommentar [‚Das Märchen vom billigen Öko-Strom‘](#) vom 04.10.2023.

Dieses Geschäftsmodell stößt allerdings schon jetzt an seine Grenzen, denn bei Dunkelflauten ist der deutsche Importbedarf so groß, dass der Strompreis nicht nur in Deutschland explodiert, sondern auch bei den Stromexporteuren wie Norwegen und Schweden. In diesen Ländern wächst der Groll auf die deutsche Energiepolitik. Deutschland kann sich nicht mehr darauf verlassen, dass die europäischen Nachbarn die Fehler der grünen Energiepolitik ausbügeln.¹²⁷

Zu ‚Wann ist Diversität ein Vorteil und wann nicht?‘ vom 18.08.2024:

Wer aus einem islamischen Staat nach Deutschland kommt, erfährt in jedem Fall einen Kulturschock. Viele, die in Deutschland Freiheit suchen, sind genau von dieser Freiheit der liberalen westlichen Gesellschaft überfordert: Die Emanzipation der Frauen, die Trennung von Kirche und Staat, der verbreitete Atheismus, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, all das stellt eine große Herausforderung für die Moslems dar, an der viele scheitern.

Gerade das Thema Diversität und wie exzessiv es im Westen ausgelebt und quasi zu einer Ersatzreligion gemacht wird, ist für viele Moslems einfach unerträglich und einige entwickeln einen Hass, der ihr eigenes Scheitern auf die Freiheit der westlichen Welt projiziert. Und einige davon radikalisieren sich soweit, dass sie zu Terroristen werden, die die Symbole der westlichen Freiheit zerstören wollen.¹²⁸

¹²⁷ Siehe den Kommentar [‚Die Geduld der europäischen Nachbarn mit Deutschlands Energiepolitik ist am Ende. Das Land isoliert sich selbst‘](#) aus der [NZZ vom 13.12.2024](#).

¹²⁸ Siehe den Kommentar [‚Terrorattacken von Muslimen: Sie wollen die Freiheit zerstören, von der sie überfordert sind‘](#) aus der [NZZ vom 24.12.2024](#).

Zu ‚**Zu den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen**‘ vom 02.09.2024:

Ich kann mich noch sehr gut an Wahlslogans der CDU/CSU wie „Freiheit statt Sozialismus“ erinnern. Die Zeiten sind lange vorbei. Unter Merkel driftete die CDU immer weiter nach links ab.¹²⁹ Merz wollte der CDU dann wieder ein klar konservatives Profil geben, scheiterte aber an „Merkelianern“ wie Günther und Wüst, die die CDU näher an der Linkspartei sehen als an der AfD. Nun ist es soweit, in Thüringen bildet sich unter „Führung“ der CDU eine sozialistisch dominierte Landesregierung mit den Koalitionspartnern SPD¹³⁰ und BSW und Einbindung der Linkspartei mittels „Konsultationen“.

Ähnlich sieht es in Sachsen aus: Dort bildet die CDU mit der SPD eine Minderheitsregierung, die aufgrund der „Brandmauer“ zur AfD auf Stimmen des BSW, der Linkspartei und/oder der Grünen angewiesen ist. Als Konservativer kann man dazu nur sagen:

Wer hat uns verraten? – Christlichdemokraten!

Zu ‚**Über die Krise der deutschen Automobilindustrie**‘ vom 16.09.2024:

Neue Studien zeigen, dass viele Besitzer von E-Autos danach wieder zu Verbrennern zurück wechseln.¹³¹ Die Elektro-Euphorie weicht dem Realismus.¹³²

Einer der Gründe hierfür könnte auch die Gefahr sein, die von den Akkus der E-Autos ausgeht. Der Großbrand eines Feuerwehrhauses mit ca. 20 Mio. € Schaden wird auf die Entzündung beim Laden der Akkus eines der dort abgestellten Einsatzfahrzeuge zurückgeführt.¹³³

Vom wirtschaftlichen Standpunkt stellt sich die Frage, ob es überhaupt noch sinnvoll ist, in Deutschland Kleinwagen herzustellen. Die Lohn- und Energiekosten sind dafür eigentlich zu hoch, hinzu kommt der Fachkräftemangel. Meiner Meinung nach sollten sich die deutschen Automobilhersteller „gesundschrumpfen“ und sich auf die Segmente von der gehobenen Mittelklasse aufwärts bis zur Luxusklasse sowie Sportwagen konzentrieren. Bei Kleinwagen und der unteren Mittelklasse sollten sie sich auf die Entwicklung beschränken und die Produktion ihren ausländischen Töchtern oder Kooperationspartnern überlassen.¹³⁴ Das gilt

¹²⁹ Siehe auch den Kommentar zu ihrer Autobiographie in der [NZZ vom 26.11.2024](#): „Angela Merkel war nie eine Konservative. Ihr Buch ist schon jetzt aus der Zeit gefallen“

¹³⁰ Auch die SPD ist in weiten Teilen sozialistisch. So sagt z.B. der Jusos-Vorsitzende Türmers: „Ich will keine Milliardäre mehr in Deutschland haben.“ – und behauptet: „Das haben wir in Grundzügen sogar schon auf dem letzten Parteitag beschlossen.“ ([Frankfurter Rundschau, 23.10.2024](#))

¹³¹ Siehe z.B. ‚[Auto Motor Sport](#)‘ vom 17.10.2024: ‚Viele E-Auto-Fahrer wechseln zurück zum Verbrenner‘ sowie das dort zitierte „E-Barometer“ der HUK Coburg.

¹³² Siehe auch meinen Kommentar ‚[Das ideale Elektroauto ist ein Benziner](#)‘ vom 22.11.2023.

¹³³ Siehe z.B. AFP, 17.10.2024: ‚Großbrand bei Feuerwehr wohl durch Akkus von Einsatzfahrzeug ausgelöst‘.

Siehe auch meinen Kommentar ‚[Elektroautos in Tiefgaragen verbieten!](#)‘ vom 08.08.2023 sowie die [Nachlese](#) dazu.

¹³⁴ Ich bin sogar der Meinung, dass die gesamte Kernmarke VW mit Ausnahme der Nutzfahrzeuge komplett entfallen kann. Der größte Teil der Modellpalette wird durch Skoda, Seat und Cupra preisgünstig abgedeckt und nach oben schließt Audi nahtlos an.

ganz besonders für preisgünstige E-Autos, bei denen Deutschland auf absehbare Zeit nicht konkurrenzfähig ist. Die Querfinanzierung der E-Autos durch die margenstärkeren Verbrenner ist ebenfalls abzulehnen.

Dem steht allerdings die EU mit ihren **schwachsinnigen Flottenzielen** bzgl. CO₂-Emissionen entgegen. Diese benachteiligen gezielt die deutsche Automobilindustrie und begünstigen Länder wie Frankreich. Das ist blanker **Dirigismus** und durchaus beabsichtigt.¹³⁵ Was aber, wenn Deutschland als Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum irgendwann keine Nettozahlungen an die EU mehr leisten kann?!

Bei **VW** haben sich die Gewerkschaften mit Unterstützung der Politik, namentlich Bundeskanzler Scholz und Arbeitsminister Heil (beide SPD), durchgesetzt und Werksschließungen und betriebsbedingte Kündigungen verhindert. Ohne diese dringend notwendigen Maßnahmen kann VW aber nicht konkurrenzfähig werden. Für VW bedeutet das eine Fortsetzung des Niedergangs ohne Aussicht auf Besserung.¹³⁶

Es ist verheerend, dass die Gewerkschaften die Macht haben, wirtschaftlich zwingend notwendige Entscheidungen zu blockieren und so ein Unternehmen zu ruinieren. Ein echter Skandal ist allerdings die einseitige Einmischung der Politik gegen die Unternehmensinteressen, obwohl Niedersachsen Anteilseigner ist – ein Grundproblem bei VW.

Zu ‚Zu den Präsidentschaftswahlen in den USA‘ vom 06.11.2024:

Eines kann man aus den Präsidentschaftswahlen in den USA lernen: Die Wähler entscheiden danach, ob es ihnen seit der letzten Wahl wirtschaftlich besser oder schlechter geht. In den USA war die Mehrheit der Wähler der Meinung, dass es ihnen schlechter gehe, weshalb die regierenden Demokarten abgewählt wurden. Als Alternative standen nur die Republikaner unter Donald Trump zur Wahl, der einen radikalen Wandel in der Politik verspricht.

In Deutschland haben wir die gleiche Situation: Unter der Ampel-Regierung ist es in Deutschland wirtschaftlich bergab gegangen. Die Menschen fürchten Wohlstandsverlust bis hin zu Arbeitslosigkeit und Altersarmut. Es ist deshalb sicher, dass die drei Ampel-Parteien bei der Bundestagswahl abgestraft werden, wie bei den drei Landtagswahlen in diesem Jahr.

Bleibt die Frage, welchen Parteien die Wähler einen Richtungswechsel zutrauen. Die CDU sieht die SPD und die Grünen als mögliche Koalitionspartner. Viele Wähler trauen einer solchen Koalition keine grundlegenden Veränderungen zu,¹³⁷ zumal die CDU aus der Merkel-Ära

¹³⁵ Die Vorgabe, dass ein Automobilhersteller, um große Autos bauen zu dürfen, kleine Autos bauen muss, ist wirklich absurd und trägt zur Ineffizienz der deutschen Automobilindustrie bei. Sowohl bei BMW als auch bei Mercedes gehören die Kleinwagen (1er und 2er bzw. A- und B-Klasse) nicht zur ursprünglichen Modellpalette und sind jeweils die margenschwächsten Modelle.

Siehe auch meinen Kommentar ‚[Nützt oder schadet die EU Deutschland?](#)‘ vom 15.11.2023.

¹³⁶ Man bedenke, dass die Produktivität bei VW so niedrig ist, dass pro Mitarbeiter nur halb so viele Autos hergestellt werden wie bei Toyota (vgl. Fußnote 85).

¹³⁷ Siehe auch den Kommentar ‚[Bürgergeld abschaffen und endlich illegale Migration stoppen? Mit SPD und Grünen bleiben die Ziele der Union pure Illusion](#)‘ aus der [NZZ](#) vom 17.12.2024.

erhebliche Mitschuld an den jetzigen Problemen trägt. Deshalb werden vermutlich die radikalen Parteien AfD und BSW profitieren.

Zu **„Der Wandel von der Leistungsgesellschaft zur Moralgesellschaft“** vom 29.11.2024:

Wokeness fokussiert auf Opfergruppen und Sensibilität. Ein Aspekt der *Rent Seeking Society* ist, sich selbst in einer Opferrolle darzustellen, mit dem Ziel, einen Nachteilsausgleich zu erhalten. Dazu werden häufig Selbstdiagnosen wie „Ich bin hochsensibel“, „autistisch“, „trans“ oder „habe ADHS“ genutzt, die schwer zu widerlegen sind und deshalb oft von meist weiblichen Psychologen bestätigt werden. Und es sind vor allem junge, woke linke Frauen, die eine Opferkultur pflegen und sich gegenseitig in der Opferrolle bestätigen.¹³⁸

¹³⁸ Siehe das Interview mit dem Psychologen Holger Richter [«Junge linke Frauen sind weit mehr psychisch krank als der vielgeschmähte alte weisse Mann»](#) aus der NZZ vom 06.02.2025.

Literaturempfehlungen

Einige Themen der Kommentare werden in den hier aufgeführten Büchern vertieft, die ich persönlich für sehr lesenswert halte.

Thilo Sarrazin: Der neue Tugendterror – Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland, DVA 2014, LMV 2021

„Wer bestimmt, was gesagt werden darf – und worüber geschwiegen werden muss? Meinungsfreiheit ist hierzulande durch das Grundgesetz garantiert. Aber wie sieht es damit im Alltag aus? Dort begegnen wir immer wieder Denk- und Redeverbote und sind recht schnell an den Grenzen des Sagbaren angelangt. Thilo Sarrazin analysiert den grassierenden Meinungskonformismus und stellt fest: Wer Dinge ausspricht oder Zusammenhänge herstellt, die nicht ins gerade vorherrschende Weltbild passen, der wird gerne als Provokateur oder Nestbeschmutzer ausgegrenzt. Mit gewohntem Scharfsinn prangert Thilo Sarrazin diesen Missstand an, zeigt auf, wo seine Ursachen liegen, und benennt die 14 vorherrschenden Denk- und Redeverbote unserer Zeit.“

Thilo Sarrazin: Die Vernunft und ihre Feinde – Irrtümer und Illusionen ideologischen Denkens, LMV 2022

„In seinem neuen Buch bietet Thilo Sarrazin eine klarsichtige Analyse der Bedrohung unserer Demokratie durch linke und rechte Ideologien. Er analysiert die Verzerrungen und geistigen Fehlschlüsse von Denkstilen, die glaubens- oder ideologiegetrieben und nicht auf Wahrheitsfindung gerichtet sind. Die wesentlichen Ausprägungen ideologischen Denkens stellt er in ihren ideengeschichtlichen Kontext und beschreibt den Einfluss von Ideologie auf die politische und gesellschaftliche Ordnung bis in die Gegenwart und die Ampel-Regierung hinein. In der Summe weist er überzeugend nach, dass ideologisches Denken jedweder Art mit den Grundprinzipien von Rationalität und dem Geist der abendländischen Aufklärung unvereinbar ist.“

Oded Galor: *The Journey of Humanity* – Die Reise der Menschheit durch die Jahrtausende – Über die Entstehung von Wohlstand und Ungleichheit, dtv 2022

„Warum sind wir Menschen die einzige Spezies auf Erden, die der Subsistenz entkommen ist? Wieso lebte die Masse der Menschen noch bis Ende des 18. Jh. in Armut? Wie gelang der folgenreiche Übergang von wirtschaftlicher Stagnation zu Wachstum? Und: Woher kommt es, dass der Wohlstand der Nationen derart unterschiedlich ausfällt – oder anders gefragt, warum haben wir so unterschiedliche Fortschritte gemacht, dass wir heute in einer Welt leben, in der dramatische Ungleichheit herrscht?“

Galor vereint Ideen aus der Wirtschaftswissenschaft mit Erkenntnissen aus Anthropologie, Geschichte und den Naturwissenschaften, um die tiefliegenden Gründe für die jahrtausenden-

delange ökonomische Eiszeit, das rasante Wachstum im Zuge der Industriellen Revolution und die globale Armutsschere von heute zu beschreiben. Damit liefert er erstmals eine allumfassende, evidenzbasierte Theorie über die gesamte wirtschaftliche Entwicklungsgeschichte der Menschheit.“

Thilo Sarrazin: Deutschland auf der schiefen Bahn – Wohin steuert unser Land?, LMV 2024

„Deutschland, immer noch ein starkes Land in der Mitte Europas, befindet sich seit Jahren in einem relativen Niedergang:

- Die Geburtenarmut hält an, die Bildungsleistung sinkt, in der Forschung fällt Deutschland zurück, die Wachstumskräfte erlahmen, der Wohlstand steigt nicht mehr, die Infrastruktur verkommt.
- Der Sozialstaat setzt die falschen Akzente. Arbeit lohnt sich für viele nicht mehr, Millionen kulturfremder Einwanderer strömen in die sozialen Sicherungssysteme. Die Explosion der Sozialausgaben überwuchert die öffentlichen Haushalte.
- Der Staat zeigt sich überfordert: Eine Reform der Asyl- und Migrationspolitik gelingt seit Jahren nicht. Die Bundeswehr ist blank und nicht fähig zur Landesverteidigung. Die Bürokratie nimmt immer mehr zu, die Digitalisierung stockt, das Steuersystem ist leistungsfeindlich. Eine utopische Klimawende gefährdet die Grundlagen des Wohlstands.

Thilo Sarrazin zeigt in seinem neuen Buch, wie alle diese Faktoren zusammenhängen. Er entwirrt das komplexe Gewebe, beschreibt, was sich nicht mehr ändern lässt, und zeigt auf, welchen Weg eine zukunftsgerichtete Politik gehen müsste.“

Stichwortverzeichnis

Abschiebung	27, 48
Adipositas	34
AfD ...	4, 5, 17, 18, 27, 30, 40, 42, 46, 50, 51, 56
Aiwanger, Hubert	47
Aktienanleihen	6
Aktienrente	8
Algorithmen	6
Ampel-Regierung	4, 5, 9, 19, 29, 30, 43, 44, 45, 49, 50, 55, 57
Anlageberater	6
Anlageempfehlungen	6
Anleger	6
Antifa	5
Antisemitismus	5, 15, 18
Arbeitgeber	23, 39, 50
Armut	16, 57
Asyl	10, 16, 17, 40, 48
Atomausstieg	12, 49
Ausländerkriminalität	10, 48
Autofahrer	20, 21, 52
Automobilindustrie	29, 54, 55
Autoverkehr	21
Baerbock, Annalena	5, 44, 48
Banken	6
Bayern	23, 35, 42
Bewerbungen	50
Body Mass Index	33
Body Positivity	33
Brandmauer	17, 18, 19, 30, 40, 51, 52, 54
BSW	4, 27, 30, 56
Bundespräsident	5, 15
Bundesregierung	2, 27, 48, 52
Bundestagswahl	12, 14, 30, 43, 46, 50, 55
Bundesverfassungsgericht	2, 11, 24
Bürokratie	13, 33, 44
Cancel Culture	3, 15
Cannabis-Legalisierung	31, 43
CDU	5, 18, 19, 27, 28, 30, 40, 42, 43, 46, 52, 54, 55
CO ₂ -Emissionen	7, 11, 40, 47, 55
COVID-19-Pandemie	31
D-Day Papier	50
Deindustrialisierung	19, 22, 31
Dekarbonisierung	7, 19
Demokratie	4, 5, 15, 17, 31, 35, 38, 45, 46, 52
Digital Natives	28
Diskriminierung	2, 14, 16, 25, 50
Diversität	25, 26, 41, 53
E-Fuels	2

Elektroautos	21, 22, 29, 47, 54
Eltern	3
Entwicklungsländer	7, 21
Erderwärmung	7, 11, 31, 36, 47
EU	10, 13, 17, 19, 36, 48, 51, 55
EU-Beitrittskandidaten	13
Euro	13
Europawahl	18, 50
Expertenregierung	4
Extremismus	5, 17, 46, 51
Faesser, Nancy	45, 46, 48, 52
Fahrerassistenzsysteme	20
FDP	12, 27, 30, 42, 49, 50
Finanzkompetenz	6
Flüchtlingskrise	2, 10, 26
Frauenquoten	1, 2, 50
Galor, Oded	57
Gaza-Streifen	11
Gender Pay Gap	14
Gender-Ideologie	3, 38, 42, 51
Gender-Sprache	2, 3, 4, 8, 24, 42
Generation Z	38, 39
Gerechtigkeit	1, 24
Geschlecht	1, 16
Gewalt	26, 27
an Hochschulen	37, 51
an Schulen	27
gegen Frauen	26
gegen Minderheiten	24
Gewaltkriminalität	13, 46, 48
Gewerkschaften	55
Gleichberechtigung	1, 14
Gleichheit	1, 16, 24
Gleichstellung	1, 14, 23
Grundgesetz	1, 5, 14, 15, 18, 24, 34, 40, 46
Grüne (Partei)	12, 14, 18, 26, 27, 30, 40, 42, 43, 49, 55
Günther, Daniel	43, 54
Gutmenschen	26, 41
Habeck, Robert	44, 47
Hamas	11
Harris, Kamala	36, 46, 47
Hausfrauen	14
Hidden Agenda	2
Hochschulen	15, 42, 51
Hufeisenmodell	4
Identitäre Bewegung	17
Identitätspolitik	18
Impfpflicht	31

Influencer	34
Infrastruktur	31
Islam	14, 15, 26, 34, 35, 53
Israel	11
Kassenpatienten	33
Kinder	3, 26, 31
Kindergrundsicherung	44
Kirchensteuer	35
Klimakrise	2, 31, 49
Klimaneutralität	11, 22, 36, 47
Klimaschutz	7, 11, 12, 18, 22, 36, 40, 49
Kolonialismus	18
Korruption	22
Kubicki, Wolfgang	45
Künstliche Intelligenz	28
Landesverteidigung	31, 44, 58
Landtagswahlen	27, 30, 54
Le Pen, Marine	17
Lebenserwartung	44
Leistungsgesellschaft	38
Leitkultur	15, 51
Letzte Generation	11
Liberalismus	18
Libertarismus	18
Lindner, Christian	12, 49, 50
Linke (Partei)	28, 43
Lügenpresse	37
Maaßen, Hans-Georg	52
Magersucht	34
Marktwirtschaft	12, 18, 29, 50
Medien	5, 27, 30, 37, 42, 45, 46
Meinungsfreiheit	5, 8, 15, 57
Meloni, Giorgia	17, 18
Merkel, Angela	19, 54
Merz, Friedrich	42, 52, 54
Messer	27, 49
Migration	2, 4, 10, 26, 31, 34, 45, 48
Minderheiten	2, 3, 16, 24, 25
Moralgesellschaft	38
Moslems	26, 34, 53
Musk, Elon	46
Nachhaltigkeit	41
Nawalny, Alexei	44
Neidgesellschaft	4, 14, 15, 16
Nettozahler (EU)	13
Neuwahlen	13, 18, 27, 30
Öffentliche Verkehrsmittel	2
Palästinenser	11
Paus, Lisa	45
Pazifismus	19
Planwirtschaft	12, 50
Politiker	4, 18, 30, 31, 32, 43, 46

Populismus	16, 18
Postfaktische Politik	18
Postfaschismus	18
Postkolonialismus	18, 38
Privatpatienten	33
Queer	23
Rassismus	25
Religion	11, 12, 15, 34, 35
Rendite	6, 9
Rent Seeking Society	38, 56
Rente	9, 31
Sachsen	27, 54
Sarrazin, Thilo	57, 58
Scholz, Olaf	4, 19, 36, 47, 49, 50, 55
Schuldenbremse	2, 49
Selbstbestimmungsgesetz	24, 43
Selbstverwirklichung	39
Smartphone	20
Soziale Medien	25, 34
Sozialneid	15, 16
Sozialstaat	2, 58
SPD	5, 15, 18, 27, 30, 40, 49, 55
Strafmündigkeit	13, 50
Straßenverkehr	20, 21, 53
Subsidiaritätsprinzip	19, 51
Swift, Taylor	9, 47
Terrororganisationen	11
Tesla	20, 52
Thüringen	4, 27, 28, 54
Trump, Donald	9, 18, 35, 46, 47, 55
Ukraine-Krieg	4, 19, 36
Universitäten	15, 42, 51
USA	9, 35, 36, 39, 55
Verfassungsschutz	45, 52
Verkehrssicherheit	20, 52
Verschwörungstheorien	19
Volkswagen	20, 29, 39, 54, 55
Vollautonome Kraftfahrzeuge	21
Wagenknecht, Sahra	4
Wahlrecht	13, 50
Wahlumfragen	4, 30
Wandelanleihen	6
Werteunion	52
Wertschöpfung	38
Wissenschaft	15, 38, 51
Wohlstand	7, 31, 38, 44, 57, 58
Woke-Ideologie	1, 3, 4, 15, 18, 25, 26, 38, 56
Work-Life-Balance	38, 39
Wüst, Hendrik	46, 54
Zeitgeist	12, 16, 34, 38
Zweiklassenmedizin	33